



Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

29. Sitzung (öffentlich)

8. November 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:04 Uhr bis 12:23 Uhr

Vorsitz: Dr. Robin Korte (GRÜNE)

Protokoll: Vanessa Kriele

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) 5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000
Vorlage 18/1410 (Erläuterungsband)

Berichte der Landesregierung zu Einzelplan 14
Vorlage 18/1729
Vorlage 18/1844

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Alle in dieser Sitzung gestellten Änderungsanträge einschließlich ihrer Begründungen sowie das jeweilige Abstimmungsverhalten der Fraktionen sind Vorlage 18/1912 zu entnehmen.

Alle vorliegenden Änderungsanträge werden vom Ausschuss abgelehnt.

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 14 in seinem Zuständigkeitsbereich in unveränderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

- 2 Vorstellung von DIGITAL.SICHER.NRW (Präsentation [s. Anlage 1]) 20**
– Gespräch mit Sebastian Barchnicki (DIGITAL.SICHER.NRW)
- 3 Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2]) 31**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1830
– mündlicher Bericht der Landesregierung
– Wortbeiträge
- 4 Sonnenenergie: Kommunale Bauvorschriften dürfen „Freiheitsenergien“ nicht ausbremsen 36**
Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4133
Ausschussprotokoll 18/347 (Anhörung vom 15.09.2023)
– abschließende Beratung und Abstimmung
– keine Wortbeiträge
Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimme der FDP-Fraktion bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.
- 5 Gute Energiepreise – gute Industrie: Industriestrom muss bezahlbar werden 37**
Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/4572
Ausschussprotokoll 18/329 (Anhörung vom 08.09.2023)
– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der AfD-Fraktion ab.

6 Hochlauf von Speichertechnologien als Schlüssel für klimaneutrale Energiewirtschaft vorantreiben **38**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/6367

– keine Wortbeiträge

Im Ausschuss regt sich kein Widerspruch gegen den Vorschlag der Obleute, auf Wunsch der antragstellenden Fraktion am 31.01.2024 eine Sachverständigenanhörung durchzuführen. Je Fraktion dürfen zwei Sachverständige benannt werden.

7 Volle Priorität auf neue Arbeitsplätze: Strukturwandel muss jetzt Chefsache werden! **39**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/6382

– keine Wortbeiträge

Im Ausschuss regt sich kein Widerspruch gegen den Vorschlag der antragstellenden Fraktion, die abschließende Beratung und Abstimmung in der kommenden Ausschusssitzung vorzunehmen.

8 Aktueller Konjunkturbericht (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3]) **40**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1840

– Wortbeiträge

9 Verschiedenes

45

– keine Wortbeiträge

* * *

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000
Vorlage 18/1410 (Erläuterungsband)

Berichte der Landesregierung zu Einzelplan 14
Vorlage 18/1729
Vorlage 18/1844

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse am 23.08.2023 mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgen)

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Zusätzlich zu der Beantwortung der Fragen der Fraktionen von SPD und FDP in Vorlage 18/1729 zur vorherigen Sitzung haben uns mit Vorlage 18/1844 weitere Antworten auf Nachfragen der FDP-Fraktion erreicht. In der heutigen Sitzung des Ausschusses wollen wir den Tagesordnungspunkt nicht nur zum dritten Mal aufrufen, sondern auch die abschließende Aussprache und Abstimmung zu Einzelplan 14 und den vorliegenden Änderungsanträgen vornehmen und unser Votum an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss abgeben.

Ich weise im Vorfeld darauf hin, dass eine Reihe von Änderungsanträgen eingegangen sind, darunter einer der SPD-Fraktion und mehrere der AfD-Fraktion, und eröffne damit die Debatte.

Dietmar Brockes (FDP): Wenn von anderer Seite kein Interesse besteht, machen wir gerne den ersten Aufschlag. Wir beraten heute abschließend über den Einzelplan 14. Die Regierungsfaktionen und Sie, Frau Ministerin, versuchen das immer als Sparhaushalt darzustellen, um all die Wünsche, die Ihnen noch vorliegen, aber nicht recht sind, abweisen zu können.

Aber wenn man sich den Haushalt anschaut, erkennt man keinen Sparhaushalt. Das Niveau ist mit dem des vergangenen Jahres vergleichbar. Es ist ähnlich hoch. Bei den Selbstbewirtschaftungsmitteln stehen mehr als 3,3 Milliarden Euro zur Verfügung. Der Einzelplan erfährt im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit eine leichte Steigerung.

Diese Rhetorik können Sie sich wirklich schenken. In diesem Haushalt werden diejenigen Mittel gestärkt, die dem Erreichen der Klimaziele dienen – das haben Sie so auch wortwörtlich gesagt –, und alles andere eben nicht. Damit fördert das Land bzw.

Schwarz-Grün in der jetzigen wirtschaftlichen Lage am Bedarf der Wirtschaft sowie der Industrie vorbei und beglückt leider nur die eigenen Zielgruppen.

Im Bereich der Klimaschutztechnik wird gefördert, was schon längst marktfähig und wo die Nachfrage aufgrund der gestiegenen Energie- und CO₂-Preise bereits hoch ist. Anders sieht es dagegen bei Fördermitteln für disruptive Technologien aus, die unsere Wirtschaft und gerade auch die Industrie zukunftsfähig machen könnten. Ich nenne nur Quanten-Computing, KI, Robotik, Cybersicherheit, 5G, digitaler Mittelstand. Hier sehen wir zum Beispiel ein Minus von 100 Millionen Euro.

Es ist zwar richtig: Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden, aber Sie haben hier aus unserer Sicht leider die falsche Priorisierung. Wir müssen nämlich bessere Standortbedingungen schaffen, damit die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen wettbewerbsfähiger wird und die Unternehmen, egal ob Konzerne, Mittelstand oder Handwerk, hier in die Zukunft investieren.

Die Abrufzahlen der Förderprogramme des Landes zeigen deutlich, dass die Unternehmen wenig Interesse an Ihren Fördermitteln haben. Wir brauchen stattdessen Investitionsanreize für Forschung und Entwicklung, moderne Energieinfrastrukturen, den Ausbau der Nah- und Fernwärme, Wasserstoffpipelines und Energiespeicher. Wir brauchen insbesondere Investitionsanreize für Forschung und Entwicklung in Schlüsselbranchen wie KI, Quanten-Computing, Robotik und Chip-Design – ich habe sie schon genannt –, die unser Bundesland zukunftsfähig machen

Alle diese Bereiche werden im Einzelplan 14 der Landesregierung leider vernachlässigt. Echte Innovationsförderung findet nicht statt. Auch bei den Exzellenz Start-up Centern und der Innovationsförderung im Mittelstand will die Landesregierung sparen.

Ich fasse zusammen: Mittel für Zukunftstechnik werden gestrichen und einseitig für die Förderung längst marktgängiger Klimaschutztechnik umverteilt. Einige Unternehmen nehmen die Förderung gerne mit. Aufgrund der Rahmenbedingungen würde aber so oder so in diese Technologien investiert. Wir brauchen stattdessen einen Haushalt, der echte Innovationen und eine moderne Infrastruktur anreizt, und kein Programm, das Klimaschutz weiter bürokratisiert.

Liebe Frau Ministerin, im Wahlkampf hieß es bei Ihnen: „Erlebe dein grünes Wirtschaftswunder“. Wenn sich die Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land die jetzige Wirtschaftslage und Ihre falsche Prioritätensetzung angucken, dann wissen sie leider, was das bedeutet. Deshalb werden wir diesen Haushalt ablehnen.

Auch den uns vorliegenden Änderungsanträgen der übrigen Oppositionsfraktionen können wir leider nicht zustimmen, da wir nicht sehen, dass sie diesen Entwurf in die richtige Richtung lenkten. Wir werden unsere Änderungsanträge in den weiteren Haushaltsberatungen einbringen.

Jan Matzoll (GRÜNE): Ich finde es in der aktuellen finanziellen Situation, die nicht nur das Land, sondern auch den Bund und die Kommunen betrifft, schon etwas gewagt, die Rede von einem Sparhaushalt als reine Rhetorik zu bezeichnen. In Zeiten hoher Inflation ausschließlich auf die nackten Zahlen und nicht darauf zu gucken, was damit zu finanzieren ist, ist schon – sagen wir es so – erstaunlich unterkomplex. Darüber

hinaus werfen Sie noch ganz viele Buzzwords ein, die Sie mal gehört haben. Ich weiß nicht, ob das dem Thema gerecht wird.

Es dürfte Sie nicht überraschen, dass wir bezüglich des Haushaltsentwurfs eine andere Einschätzung haben. Das MWIKE setzt mit dem Haushalt 2024 unserer Meinung nach ganz klar und sinnvoll auf die Klimawende, die Kreislaufwirtschaft und daran angrenzende Aspekte.

Auch wenn die FDP das vielleicht nicht einsehen mag, geht es in Zeiten knapper Kassen und gleichzeitig gestiegener Bedarfe nicht anders, als sinnvoll zu priorisieren und zu entscheiden, wo die Politik bzw. das Land nicht nur Rahmen setzen, sondern auch selbst als Fördergeber ins Geschehen eingreifen muss. Das passiert mit diesem Haushalt ganz klar.

Die klaren Zuspitzungen auf die Herausforderungen der Transformation können auch nicht nur auf Basis des Status quo gedacht werden, wie das gerade aus dem – sagen wir mal – eher rückwärtsgewandten Statement der FDP hervorging, sondern müssen daran gemessen werden, welche Aufwendungen nötig werden, um die verursachten Schäden durch einen ungebremsten Klimawandel zu regulieren.

Das MWIKE hat nicht nur einen soliden, sondern einen wirklich fein ausbalancierten und präzise zugespitzten Haushaltsentwurf vorgelegt. Viele wichtige Förderungen und zentrale Möglichmacher sind natürlich auch Kofinanzierungen gemeinsam mit dem Bund und bzw. oder der EU. Bevor ich vielleicht noch einmal kritisch nach Berlin blicke, gehört es zur Ehrlichkeit zu sagen, dass gerade das Megathema „Strukturwandel“ nur dank gemeinsamer Förderung mit Bund und EU möglich ist. Hier greifen die einzelnen Räder zum Wohle NRWs gut ineinander.

Das gilt leider nicht für alle Themen. Herr Brockes, ich werde es Ihnen auch im Rahmen der Haushaltsdebatte nicht ersparen können, über den Brückenstrompreis und die verantwortungslose Haltung des Bundesfinanzministers zu sprechen, wenn wir über die Zukunft der energieintensiven Industrie Nordrhein-Westfalens reden. Dieses drängende Thema muss zentraler Bestandteil dieser Debatte sein, weil es für den zukünftigen Wohlstand unseres Landes ganz entscheidend ist.

Wir können viel über die Förderung von KMU in der Transformation, den Bürokratieabbau und die notwendige Planungsbeschleunigungen sowie blumig über Transformationsfonds sprechen oder ganz konkret über die Weiterentwicklung von Werkzeugen wie Fin.Connect.NRW, die vielen ganz konkret den Zugang zu Geldern zur Realisierung der Transformation ermöglichen. All das ist super wichtig und findet sich im Haushalt sowie in der allgemein täglichen Arbeit des Ministeriums wieder.

Es wird aber nicht ausreichen, wenn wir die Energiepreise nicht auf ein wettbewerbsfähiges Maß reduzieren. Allein mit dem Brückenstrompreis geht es nicht. Die Senkung der Stromsteuer ist ebenfalls ein wichtiges und in die Brücke wirksames Instrument. Darin sind wir uns vermutlich sogar einig, Herr Brockes. Ohne den Brückenstrompreis geht es aber eben auch nicht.

Man kann sich in diesem Zusammenhang Scheindebatten wie der Verlängerung der Braunkohleverstromung hingeben oder immer wieder lamentieren, dass der Mittelstand

jetzt die Großindustrie subventionieren solle, oder man kann ernsthaft für unsere Industrie, für tariflich gebundene Arbeitsplätze und echten Klimaschutz kämpfen. Kleiner volkswirtschaftlicher Exkurs: Auch unser Mittelstand ist zu einem nicht unerheblichen Teil energieintensiv, und auch die Unternehmen, die selbst nicht energieintensiv sind, sind zu großen Teilen auf eine starke Industrie in NRW angewiesen.

Zurück zum Haushalt: Blicken wir der Realität ins Auge. Wir haben einen Sparhaushalt. Ein Anwachsen aller Töpfe, so wichtig sie jeweils sind, ist einfach nicht möglich. In Anbetracht der finanziellen Möglichkeiten ist dem MWIKE ein guter und zugespitzter Haushalt gelungen, der die Zukunftsinvestitionen in den Mittelpunkt rückt, ohne dabei die kurzfristigen Notwendigkeiten für eine Erholung der Wirtschaftsleistung NRW aus dem Blick zu verlieren. Wir haben keine Änderungsanträge und stimmen dem Haushalt zu. Wir bedanken uns bei der Ministerin und dem gesamten Ministerium für die starke und zielgerichtete Arbeit in mehr als schweren Zeiten.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Ministerin, im Erläuterungsband schreiben Sie von überlappenden und beständigen Krisen, die unsere wirtschaftliche Lage prägen. Ja, diese Krisen gibt es, allerdings treffen diese Krisen, wie der russische Überfall auf die Ukraine und der entsetzliche Überfall palästinensischer Mörderbanden auf friedliche Menschen, alle Länder der EU gleichermaßen. An der Stelle sind die Krisen dann einfach nur Ausreden. Es sind billige Ausreden für das, was Ihnen und Ihrer Landesregierung nicht gelingt, Frau Ministerin.

Die USA haben ein positives Wirtschaftswachstum. Die EU, der Euroraum, hätte das auch, aber er wird vom kranken Mann Deutschland heruntergezogen. In Deutschland ist das Wachstum negativ. NRW, Ihr ganz persönlicher Verantwortungsraum, Frau Neubaur, und seine energieintensive Industrie nehmen da eine ganz schlechte Rolle ein und ziehen Deutschland nochmals weiter herunter.

Die Zukunft sieht noch düsterer aus. Ihr ideologischer Tunnelblick blendet alle Realitäten aus. Sie erzählen uns immer wieder das Märchen, der Ausbau der sogenannten Erneuerbaren wäre für die CO₂-Emissionen wichtig. Was für ein ausgemachter Unfug. Heute Morgen um 7:00 Uhr hat Frankreich Strom mit Emissionen von 40 g je Kilowattstunde erzeugt, Deutschland hingegen mit 309 g je Kilowattstunde. Verheerender kann das Urteil über den von Ihnen durchgepeitschten Weg doch gar nicht ausfallen.

Sie erzählen auch weiterhin das Märchen, der Ausbau der sogenannten Erneuerbaren wäre ökonomisch vorteilhaft. Der Ausschuss war vor ein paar Wochen im Sauerland unterwegs. Dort hat uns der Waldbauer erzählt, dass er für die neuen Windkraftanlagen demnächst 9,4 Cent pro Kilowattstunde bekomme – und Sie wollen uns erzählen, Sie würden einen Industriestrompreis von sechs Cent erreichen.

Wir haben gesehen, was notwendig ist. Es braucht kilometerweise Leitungen in Gebieten, in denen bisher keine Kraftwerke standen. Der Konverter in Osterath verursacht neue Kosten. Amprion schätzt die Kosten für Erdkabel, die von der Nordsee, wo es keine Industrie gibt, in die Industrieregionen verlegt werden müssen, auf 200 Milliarden Euro. Das alles ist eben nicht ökonomisch vorteilhaft. Sie erwähnen auch die wahrschein-

lich mehr als 2.000 Milliarden Euro nicht, die notwendig wären, um ein Speichersystem aufzubauen.

Sie erzählen uns dann aber auch noch das Märchen, diese sogenannten Erneuerbaren würden uns unabhängig und souverän machen. Das ist schon eine sehr schöne Form der Souveränität, wenn US-Unternehmen 150 Millionen US-Dollar pro Flüssiggasschiff einstreichen. Jedes Schiff bedeutet 150 Millionen US-Dollar Gewinn für die Amerikaner, während das Gas bei uns in Deutschland im Boden bleibt, weil Sie es nicht fracken möchten.

Natürlich wollen Sie auch kein Gas aus Russland. Aber Sie nehmen Gas von Ihrem Geschäftspartner aus Katar, aus dem Land, in dem auch schon mal eine Hand abgehackt wird und das einer der Hauptfinanziers der muslimischen Mörderbande Hamas ist, die Israel überfallen hat. Frau Neubaur, das ist keine Souveränität und keine Unabhängigkeit.

Ihre Wirtschafts- und Energiepolitik bietet entgegen Ihrer vollmundigen Behauptungen auch keine Wachstumschancen. Ihre Politik ist betreutes Firmensterben. Die traurige Realität Ihrer Politik ist: Sie gefährden 120.000 Arbeitsplätze im Rheinischen Revier und in deren Umfeld. Die hier noch verbleibenden Industriearbeitsplätze sollen hingegen in eine Dauersubventionswattensystematik gepackt werden, wie das aktuell bei thyssenkrupp der Fall ist. Sie rühmen sich, 700 Millionen Euro an Subventionen aus Landesmitteln an thyssenkrupp zu vergeben, damit der gleiche Stahl wie bisher hergestellt wird, nur angeblich klimaneutral.

Diese Dauersubventionen sind auch hier im Haushalt an zahlreichen Stellen zu erkennen – hunderte von Millionen Euro. Wir von der AfD stehen für die Bürger, wir stehen für all die Fleißigen da draußen, denen auf unerträgliche Weise immer höhere Abgaben abgepresst werden, mit denen die wirren Klimafantasien bezahlt werden sollen. Deshalb lehnen wir Ihren Entwurf nicht nur ab, sondern versuchen mit unseren Änderungsanträgen auch 289 Millionen Euro für unsere Bürger zu sparen.

André Stinka (SPD): Wir haben uns schon in der vorherigen Wirtschaftsausschusssitzungen über den Haushalt unterhalten. Für die SPD-Landtagsfraktion bleiben die Kritikpunkte nach wie vor bestehen. Die Einsparungen bei der Wärmeplanung in Zeiten einer schwierigen Situation der kommunalen Haushalte halten wir für ein falsches Signal. Wir wissen, dass die Landesregierung keinen kommunalfreundlichen Kurs fährt, der vom Wirtschaftsministerium flankiert würde.

Wir haben immer wieder die Antwort erhalten, die Landesregierung warte auf die Ausführungen aus Berlin. In diesem Monat wird das Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung den Bundestag erreichen. Das wissen wir. Wir hätten uns gewünscht, dass man viel frühzeitiger und deutlicher mit den Kommunen gemeinsam in einen Austausch darüber tritt, was man hier im Januar 2024 organisieren will. Da helfen keine Dialogrunden.

Gleichzeitig werden die Mittel nicht erhöht. Aus unserer Sicht ist das in zweierlei Hinsicht ein falsches Signal. Das habe ich letztes Mal ausgeführt. Zum einen gibt es für die kommunalen Haushalte keine Planungssicherheit, und die Kommunen haben sich an den Ministerpräsidenten gewandt. Zum anderen macht das deutlich, dass Investitionen in einer wirtschaftsschwachen Situation, die wir alle beklagen, zurückgefahren

werden; in Zeiten – auch das habe ich schon in der vergangenen Ausschusssitzung gesagt –, in denen die Kommunen Teilhaber der Wirtschaft sind und mit ihren Investitionen auch dazu beitragen.

Wir haben hier auch immer wieder die Fernwärmenetze thematisiert. Seitens der Landesregierung und der regierungstragenden Fraktionen sehen wir aber keine Zeichen für eine weitere Unterstützung der Transformation in diesem Bereich.

Ja, man muss Schwerpunkte setzen. Die SPD-Landtagsfraktion hält die Schwerpunkte in dem Bereich jedoch für falsch, auch was die Geothermie und das Fündigkeitsrisiko angeht. Immer auf Berlin zu warten, ist nach meiner Einschätzung – die teilt auch der eine oder andere Kollege – zu wenig. Wir wissen, dass andere Bundesländer in diesen Bereichen deutlich aktiver sind. Wenn Schwerpunkte gesetzt werden, was wir für richtig halten, müssen gerade die Bereiche „Geothermie“ und „Fündigkeitsrisiko“ aus unserer Sicht eine entscheidende Rolle spielen.

Das Thema „Industrie und Mittelstand“ ist angesprochen worden. Wir werden heute über einen Änderungsantrag der SPD-Landtagsfraktion abstimmen. Nach unserer Einschätzung muss sich das Land, wie viele andere Bundesländer auch, deutlich mehr Gedanken darüber machen, wie Unternehmerinnen und Unternehmer, die schließlich bereit sind, in Klimaschutz und effiziente Technologien zu investieren, mittels eines Transformationsfonds grundsätzlich unterstützt werden sollten.

Wir sind, das bekunden wir jeden Sonntag und jeden Montag, ein Industrieland. Die Eigenkapitalquote reicht in vielen Bereichen bekanntlich nicht für die notwendigen Investitionen in Richtung von Effizienz und Wasserstofftechnik. Die sind vor dem Hintergrund der hohen, momentan zu zahlenden Energiepreise und mangelnder Bonität so nicht aufzubringen. Wir hätten uns gewünscht und bleiben natürlich auch bei unserem Änderungsantrag dazu, dass das Thema „Transformationsfonds“ diskutiert wird. Wir sehen im Saarland, dass das Arbeit macht und kompliziert ist. Damit kann man aber ein Signal sowohl in die Wirtschaft als auch in die gesamte Gesellschaft senden, dass das Land bzw. der Staat die Unternehmerinnen und Unternehmer nicht alleine lässt.

Wir sprechen in unseren Sitzungen auch immer darüber, dass Planungssicherheit und Verlässlichkeit politischen Handelns wichtige Güter sind. Vor diesem Hintergrund und angesichts der vom DGB vorgestellten Studie zum Thema „Investitionen“ glauben wir, dass die Landesregierung hier mit ihren Teilfinanzierungen, den Kreditangeboten, viel zu kurz springt und so das Signal gibt, dass man den nötigen Mut nicht aufbringt.

Der Blick nach Berlin wird sicherlich gleich wieder kommen. Der ist immer schön. Ich erwarte aber schon, dass ein solch großes Land wie Nordrhein-Westfalen hier vorangeht. Der Ministerpräsident äußerte vor wenigen Tagen Zweifel, ob er es schaffen könne, den von ihm und von Ihnen verhandelten frühzeitigen Kohleausstieg zu organisieren, und verwies auf die Kraftwerksstrategie. Das zeigt aus unserer Sicht, dass man zwar tolle Ziele vereinbart und schöne Bilder macht, aber wenn es wirklich schwierig wird, immer Berlin der Handelnde ist, der die Dinge vermeintlich regeln muss.

Die Kraftwerksstrategie wird diskutiert. Das wissen Sie und das grün geführte Ministerium in Berlin. Aber Sie wissen auch, für wie viel Unsicherheit der Ministerpräsident eines der größten Industrieländer sorgt, wenn er ein solches Signal setzt. Er muss

damit rechnen, dass die SPD-Landtagsfraktion den Finger in die Wunde legt, wenn vorsichtig versucht wird, Zweifel anzumelden, ob der Kohleausstieg 2030 zu halten sei.

Das Interview ist durch die Medien gegangen. Das war nicht hilfreich für den Wirtschaftsstandort. Wir werden das weiterhin deutlich kritisieren. Der Ministerpräsident steht mit Ihnen gemeinsam in der Verantwortung, hier für Sicherheit und Klarheit bei den Unternehmerinnen und Unternehmern und denjenigen zu sorgen, die wir für die von uns allen gewünschte Umstellung der zukünftigen Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen brauchen.

Für uns ist klar, dass wir dem Haushaltsteilplan Wirtschaft so nicht zustimmen werden. Unserem Antrag, den wir gleich zu beraten haben, werden wir zustimmen.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Ich habe mich bisher in der ersten Runde etwas zurückgehalten, weil ich es für das Vorrecht der Oppositionsfraktionen halte, als Erste reinzugehen und ihre Vorschläge zu begründen.

Den Haushaltsentwurf halte ich, wie in der vergangenen Sitzung gesagt, für einen guten Aufschlag. Klar ist: Man kann sich mehr Zahlungen, Förderungen und Investitionen wünschen, aber die Haushaltslage ist nun mal so, wie sie ist. Deswegen ist es richtig, dass etwas eingespart wird und die Mittel in einigen Bereichen leider runtergehen. Die Schwerpunkte sind aus unserer Sicht richtig gesetzt.

Beim Kollegen Brockes klang es so, als ginge es nur um Themen wie erneuerbare Energien. Es gibt auch andere Dinge, wie zum Beispiel die Wasserstoffwirtschaft, die man mit 1 Milliarde Fördergeldern in den kommenden Jahren ausstatten wird – eindeutig ein Thema für Nordrhein-Westfalen –, die Förderung des industriellen Mittelstands und wichtige Industrien.

Für die Förderung von thyssenkrupp werden zwar wahnsinnige Summen aufgebracht, aber es ist auch eine wichtige Industrie für unser Nordrhein-Westfalen. Wir sind uns sicher, dass es mit dieser Förderung gelingen wird, hier ein absolutes Vorzeigeprojekt zu schaffen, mit dem dann die Arbeitsplätze und auch die Wertschöpfungsketten gesichert werden können. Wir brauchen Stahl schließlich nicht nur um seiner selbst willen, sondern für viele andere Branchen auch.

Die Titelgruppe 60 „Mikroelektronik, Halbleiter“ sieht eine deutliche Förderung vor. Auch das ist eine Zukunftstechnologie. In der Titelgruppe 61 „Förderung von Innovation“ geht es um Quanten-Computing, Künstliche Intelligenz, Robotik und Cybersicherheit. Die entsprechenden Mittel fallen 2024 mit 26 Millionen Euro deutlich höher aus als zum Beispiel im Haushalt 2020. Da waren es nämlich nur 14 Millionen Euro. Insofern sieht man, dass auch in diesen Bereichen, in den Zukunftsbereichen, Gelder fließen und dort gefördert wird.

Für uns sind auch die Bereiche „Digitalisierung der Wirtschaftsverwaltung“ und „digitale Dienstleistungen“ wichtig. Das Wirtschafts-Service-Portal ist ein absolut wichtiges Instrument für die Wirtschaft. Wir brauchen dringend mehr Vereinfachung, Digitalisierung und Beschleunigung in den Verfahren. Auch hier werden die Mittel noch mal um 7 Millionen Euro aufgestockt. Deswegen geht dieser Haushalt insgesamt sehr gut mit der schwierigen Haushaltslage um und sieht die richtigen Investitionen für die Zukunft vor.

Ich möchte noch auf ein paar Argumente der SPD antworten. Ich finde es etwas un-kreativ, immer nur zu sagen, wir bräuchten diesen Investitionsfonds im Umfang von 30 Milliarden Euro, und auf das Saarland zu zeigen, das diesen schon aufgelegt habe. Ich will noch einmal ganz deutlich sagen: Ich halte einen solchen riesigen Transformationsfonds, der letztlich ein Sondervermögen darstellt, aus haushaltsrechtlichen Gründen für den absolut falschen Weg.

Im Saarland umfasst er nur 3 Milliarden Euro. Aber das Saarland ist viel kleiner. Dort hat sich Landtag dazu aufgemacht, Geld aus einem Kredit auszugeben, der erst ab 2035 bis 2070 getilgt werden soll. Das sind Gelder, die gerade nicht verfügbar sind. Es sind Kredite, die nicht nur verzinst, sondern auch zurückgezahlt werden müssen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass ich den Bürgerinnen und Bürgern, die in der Zukunft, noch in vielen Jahrzehnten hier leben, eine so hohe Last aufbürden wollte, weil die das nämlich verzinst zurückzahlen müssten.

Sie können lachen und sagen, die schwarze Null sei ein Fetisch. Ich halte es aber aus nachhaltiger Sicht für falsch, heute Entscheidungen zu treffen, für die wir sehr viel Geld ausgeben, das unsere Kinder und Kindeskinde in vielen Jahrzehnten zurückzahlen müssen. Das ist keine nachhaltige und vernünftige Politik. Es ist sogar eine sehr ungerechte Politik auf dem Rücken der nachfolgenden Generationen.

Deswegen ist es uns sehr wichtig, dass wir bei allen Schwierigkeiten eine Haushaltspolitik machen, die mit dem auskommt, was der Staat gerade hat. Wir können damit die notwendigen Investitionen stemmen. Das zeigt dieser Haushalt. Dies ist eine viel bessere Politik, als zu sagen: Ich zaubere mir einfach einmal mehrere Milliarden Euro im Jahr.

Der Kollege Matzoll hat es schon gesagt, und auch wir hatten es in der vergangenen Sitzung so formuliert. Wir halten es für einen guten Einzelplan und einen guten Haushalt und empfehlen daher auch den Kolleginnen und Kollegen zuzustimmen.

StS'in Silke Krebs (MWIKE): Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich will gern auf einige Punkte eingehen, die Sie angeführt haben. Herr Brockes, Sie haben gesagt, das sei gar kein Sparhaushalt. Das sei ein ganz normales Volumen. Ich verbuche das mal als Lob für uns, weil die Bedingung dieses Haushalts war – so etwas habe ich selten erlebt –, dass alles, was wir neu machen, aus dem Bestand gegenfinanziert werden musste.

Wir konnten also nur über Umschichtungen arbeiten. Wenn dieser zusätzlich mit Einsparauflagen zur Finanzierung wichtiger Gesamtaufgaben gebaute Haushalt bei Ihnen als ganz normaler Haushalt ankommt, dann haben wir unseren Job möglicherweise gar nicht so schlecht gemacht. Herr Untrieser hat es schon erwähnt.

Wenn wir uns gegenseitig immer Ideologie vorwerfen, gibt es eine Gruppe, die davon besonders profitiert. Der Rest des Hauses ist sich hoffentlich darin einig, dass wir das nicht wollen. Man muss schon mit einem recht eingeschränkten Blick auf unseren Haushalt schauen, um zu behaupten, wir täten gar nichts für Quantentechnologien, Start-ups und Gründungen, Chips, Wasserstoffpipelines und Speicher. Das alles ist in diesem Haushalt enthalten. Wir tun das auch aus Überzeugung.

Wir haben uns gerade in Sachen „Quantentechnologie“ mit dem Wissenschaftsministerium und der zuständigen Vernetzung dort zusammengesetzt. Dazu wird jetzt eine Roadmap erstellt. In dem Thema ist richtig Dynamik, weil es uns wichtig ist und es hilft, viele Zukunftsaufgaben zu lösen.

Auch wir stellen lieber einen Haushalt mit einem Budget auf, das wir auch noch für zusätzliche Aufgaben verwenden können. Das haben wir aber nicht, also haben wir das Mögliche getan. Bei Haushaltspositionen, die uns inhaltlich sehr am Herzen liegen, haben wir geschaut, wie viel des Ansatzes abgeflossen ist, und Teile der in der vorherigen Runde nicht genutzten Mittel umgewidmet, um damit etwas Neues zu machen. Das kann man jetzt als Kürzungen bezeichnen oder so verstehen, als sei es uns nicht wichtig. Für uns bedeutet es die Möglichkeit, gleichzeitig die Dinge, die uns wichtig sind, im bisherigen Umfang zu erhalten und trotzdem neue Impulse zu setzen.

Insofern halte ich das für ein sehr substanzielles Vorgehen. Natürlich ist es richtig, in Krisen auch mit Sondermaßnahmen zu reagieren. Wir haben zuletzt jedoch gemerkt, dass die Krisen blöderweise in einem sehr dichten Rhythmus kommen. Die Vorstellung: „Jetzt ist Krise, und ich mache jetzt etwas mit Sondermitteln“, funktioniert nicht. Es fängt an, sich zu einer Kette zu entwickeln.

Wir alle müssen jetzt in die Resilienzpunkte investieren, die wir stärken oder umbauen müssen, um stabiler durch Krisen hindurchzukommen. Dazu gehört in allererster Linie auch die Energieversorgung. Die müssen wir im Grunde substanziell auf eine stabilere Grundlage stellen und nicht immer versuchen, mit Sondermitteln über Krisen hinwegzurennen. Auch das muss man machen, aber wer einen Gegensatz zwischen der Wirtschaftspolitik und einer Politik aufstellt, die sich mit der Energieversorgung beschäftigt, hat – mit Verlaub – die Situation, in der wir sind, nicht verstanden.

Die Sicherstellung der Energieversorgung – nicht nur für den Moment, sondern auch für die weitere Zukunft – stellt die zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe dar. Das liegt auch daran, dass sie in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zur Seite geschoben wurde und man sich ein bisschen zu lange auf alte Technologien verlassen hat. Insofern ist das für uns kein Widerspruch.

Um das bei der Gelegenheit auch zu sagen: Man muss unsere Wirtschaftspolitik natürlich für Unfug halten, wenn man der festen Überzeugung ist, dass uns überhaupt kein Klimawandel droht, und die vielen Kosten durch die Starkwetterereignisse, die immer konkreter werden, näher rücken und gerade in Nordrhein-Westfalen angekommen waren, zur Seite schiebt und behauptet: Die gibt es gar nicht. Die betrachte ich überhaupt nicht. Den Klimawandel gibt es auch nicht. Ich betrachte die Folgen nicht. – Wenn man so auf die Lage blickt, kann man nicht verstehen, was wir da tun.

Wir sind uns nur relativ sicher, dass die Lage eine andere ist. Ich glaube, darin sind wir uns in diesem Haus auch weitgehend einig. Wir alle müssen bestrebt sein, unsere Energieversorgung zu modernisieren, auf erneuerbare Energien umzustellen und diesen Prozess zu beschleunigen, damit unsere Industrie eine Perspektive und eine Verlässlichkeit hat. Genau darauf legen wir einen Schwerpunkt.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Digitalisierung. Wir sind höchst überzeugt von unserem Wirtschafts-Service-Portal.NRW und davon, dass in der Digitalisierung der Wirtschaft ganz viele Lösungsinstrumente liegen.

Zur Wärmeplanung. Wir sind uns einig, dass dieses Thema ein ganz zentrales ist und seine Bedeutung in der nächsten Zeit zunimmt. Auch da haben wir versucht, diejenigen Mittel umzuwidmen, die nicht abrufbar waren. Zugleich haben wir dafür Sorge getragen, dass die Mittel zur Verfügung stehen, wenn sie benötigt werden.

Da Sie anscheinend andere Bundesländer gefunden haben, die in Sachen „Absicherung des Fündigkeitsrisikos“ schon weiter als NRW sind, würden wir uns über einen Hinweis freuen, weil wir kein einziges solches Bundesland kennen. Dabei sind wir zu diesem Thema in aktivem Austausch mit den anderen Ländern und dem Bund. Wir haben keines gefunden, das schon ein Absicherungsmodell für das Fündigkeitsrisiko hätte. Insofern freuen wir uns da sehr über einen Hinweis.

Ich will zum Schluss auf die Berlinfrage kommen. Sie haben es geahnt, Herr Stinka. Wir können das Spiel ad infinitum führen: Sie können also sagen, wir weisen immer nach Berlin. Wir weisen aber in den Fällen nach Berlin, in denen die Zuständigkeit dort liegt und wir die Instrumente nicht in der Hand haben, um die Probleme zu lösen.

(Nadja Lüders [SPD]: Naja!)

– Was in Gottes Namen sollen wir in NRW jetzt machen? Sollen wir versuchen, einen bundesweiten Industriestrompreis bzw. ein Brückenstrompreis einzuführen? Das können wir nicht. Dafür ist Berlin zuständig.

(René Schneider [SPD]: Rufen Sie doch mal Ihre Parteifreunde an!)

Liegt Ihnen die Planungssicherheit für die Industrie am Herzen? Für uns ist das ganz klar eine der größten Sorgen. Wir merken nämlich, dass Unternehmen aufgeben, weil sie bei den Energiepreisen keine Perspektive nicht mehr sehen. Sie kommen jetzt gerade noch klar und sagen: Wenn ich mir das jetzt anschau, habe ich doch keine Ahnung, was kommt, und hör lieber auf.

Unsere Investitionsprogramme werden nicht einfach nicht gewollt, sondern scheitern schlicht und einfach daran, dass die Unternehmen nicht die Ressourcen haben, um zu investieren. Deswegen müssen wir die Investitionsanreize stehen lassen. Wir müssen aber auch für Planungssicherheit sorgen. Die größte Hürde in dieser Sache betrifft die Energiepreisentwicklung für die energieintensive Industrie, sitzt in Berlin und trägt die Namen „Olaf Scholz“ und „Christian Lindner“. Das sind diejenigen, die verhindern, dass unsere zentrale Industrie Planungssicherheit und eine Perspektive bekommt.

(René Schneider [SPD]: So leicht kann man sich die Welt machen!)

Wir bekommen aus der Wirtschaft in NRW, mit der wir im intensiven Austausch sind, die Rückmeldung, dass sie die Wirtschaftspolitik hier als pragmatisch, konkret und lösungsorientiert erleben. So machen wir weiter. Ich bitte alle, die darauf Einfluss haben, darum – es ist der Verweis nach Berlin, aber wir sehen es alle –: Berlin muss besser werden, was die Planungssicherheit angeht.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank für Ihre Ausführungen, Frau Staatssekretärin. Da bei der Ministerin anscheinend kein Interesse an den Haushaltsberatungen besteht, bin ich froh, dass wenigstens Sie sich einbringen. Aber Sie wissen natürlich, dass das Lob deplatziert ist, das Sie sich selbst anheften wollten. Leider ist dies auch in den Antworten auf unsere Berichtsanhfrage sehr deutlich geworden, die wieder viel zu spät geliefert wurden. Herr Matzoll hat das anscheinend nicht zur Kenntnis genommen.

Daran wird die fehlende Transparenz bezüglich der Umschichtungen in Ihrem Ministerium sehr deutlich. Es ist klar zu erkennen, dass diese politisch entschieden wurden, statt anhand von nachvollziehbaren und quantitativen Kriterien bzw. danach, wo letztendlich der Investitionsbedarf liegt.

Zu dem Thema „Investitionen in Innovation“. Herr Kollege Untrieser, Sie können natürlich immer Zahlen aus irgendeinem Jahr nehmen, die schlechter als die aktuellen sind. In der Titelgruppe 61 „Förderung von Innovation“ wurden in diesem Jahr 89 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Im vergangenen Jahr wurden 80 Millionen Euro abgerufen. Für den nächsten Haushalt haben Sie das Ganze auf nur 26 Millionen Euro heruntergefahren. Das ist ein klares Zeichen dafür, dass Sie hier die falschen Prioritäten setzen. Das wissen Sie. Die Zukunftsinvestitionen, die ich vorhin angesprochen habe, werden bei Ihnen völlig vernachlässigt. Das ist wirklich ausgesprochen traurig.

Jetzt kam selbst bei den Beratungen zu Ihrem eigenen Haushalt wieder der Hinweis auf Berlin. Das finde ich wirklich interessant. Gestern Abend fand das Martinsmahl der Bauindustrie statt. Wenn ich es richtig gesehen habe, gab es leider weder aus dem Wirtschaftsministerium, noch hier aus dem Ausschuss eine große Beteiligung. Die Kollegin Dr. Peill war da, aber ansonsten herrschte großes Gähnen.

Die Bauindustrie scheint für die Landesregierung und für die sie tragenden Fraktionen nicht so wichtig zu sein. Herr Kullmann von Evonik hat dort in seinen Ausführungen sehr deutlich gemacht, dass es längst nicht mehr um ein Industriestrompreis geht, sondern das in Forschung und Innovation investiert werden muss, Herr Matzoll. Er hat dabei natürlich sein Produkt angepriesen, das auf CO₂ basiert, und entsprechend genutzt wird. Aber es ist wichtig, dass wir in diese Sachen investieren. Das findet in diesem Haushalt leider nicht statt. Das habe ich vorhin schon ausgeführt.

André Stinka (SPD): Ich will noch einmal auf das eine oder andere eingehen, was gerade gesagt wurde. Ich habe vorhin das Thema „Geothermie“ angesprochen. Aber mir geht es darum, dass viele Bundesländer beim Thema „Wärmeplanung“ weiter sind als wir. Bei dieser Kritik bleiben wir auch. Wir haben in diesem Ausschuss immer wieder angemahnt, dass man frühzeitig mit den Kommunen reden muss, auch wenn man das Gesetz in Berlin verabschiedet. Sie kenne den Entwurf von Herrn Habeck vielleicht. Die Fristen 2026 bis 2028 ...

(Zuruf von StS'in Silke Krebs [MWIKE])

– Ich brauche keine Belehrung, Frau Staatssekretärin. Sie haben letztes Mal deutlich gemacht, dass mehr als Dialog notwendig ist. Das ist der erste Punkt. Zweitens reden wir über Planungssicherheit. Da finde ich es ganz spannend, dass Ihr Ministerpräsident in der Runde beim Kanzler hundert Punkte zu Genehmigungen und Planungen ange-

sprochen hat, aber schon zwölf Stunden später nicht mehr weiß, ob er dabei war. Das ist für mich mangelnde politische Führung.

Für mich bzw. für die SPD-Fraktion ist das ein Punkt, den wir deutlich ansprechen müssen: Entweder sitze ich beim Bundeskanzler oder nicht. Wenn ich nachher an die Öffentlichkeit gehe – jetzt werde ich wirklich emotional – und so tue, als hätte ich nichts erreichen können, dann bin ich entweder zu schwach, oder ich habe nicht mitgeschrieben. Ich kann mir nur eines von den beiden Dingen vorstellen. Das hat mit Planungssicherheit und Führung nichts zu tun.

Wenn Sie, wie wir es heute Morgen gemacht haben, mit Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaften sprechen, dann werden diese sagen: Was ist denn da passiert? – Wir alle wissen, dass Planungssicherheit und Verantwortungsübernahme in dieser schwierigen Zeit wichtig sind. Herr Wüst mag das anders sehen. Aber das ist nicht das, was wir von einem Ministerpräsidenten in dem Bereich erwarten. Da können Sie noch so viele Nebelkerzen in Bezug auf den Brückenstrompreis werfen, aber das ist kein ordentliches Wirtschaftshandeln. Dabei bleiben wir.

Beim Thema „Genehmigungen“ wurde jetzt geliefert. Keine Bundesregierung – da sollte die CDU auch ganz vorsichtig sein, sonst erinnern wir noch einmal an 16 Jahre Angela Merkel und den Stillstand –

(Romina Plonsker [CDU]: Daran waren Sie nicht beteiligt oder was? – Weitere Zurufe von der CDU)

– Ja, ja, natürlich.

(Zuruf von der CDU: Ach so! – Weitere Zurufe)

– Gucken Sie sich Ihren Ministerpräsidenten in den Tagesthemen oder in der Tageschau an.

(Romina Plonsker [CDU]: Irre! – Weitere Zurufe)

Ich frage mich: Wer hat eigentlich im Kanzleramt gesessen? Da bin ich ja äußerst erstaunt.

(Guido Déus [CDU]: Er ist auf jeden Fall der Falsche! – Heiterkeit von Michael Röls-Leitmann [GRÜNE])

– Herr Röls-Leitmann, Sie lachen. Das Problem ist nur: Der Bürger sieht das auch und denkt: Menschenskind, was hat der Hendrik denn da eigentlich gemacht? Hat er nicht zugehört, oder will er gar keine Einigung? Diese Frage muss die Landesregierung beantworten. Das werden wir sicherlich im Plenum noch einmal deutlich machen. Das zählt für uns nicht zu einem soliden wirtschaftlichen Handeln. Das will ich hier für die SPD-Fraktion auch noch mal sagen.

(Zuruf von Romina Plonsker [CDU])

Zum Thema „Transformationsfonds“. Bevor Sie den kritisieren, gucken Sie sich die Anträge der vergangenen zwei oder drei Jahre an. Dann werden Sie sehen, dass es sich nicht um Geld aus dem Landeshaushalt handelt, sondern um einen Fonds, der

bei der NRW.BANK eingerichtet wird, so wie es in der Geschichte der Bundesrepublik schon häufig Fonds gab.

Die schwarze Null ist ein spannendes Thema. Es ist auch richtig, dass man solide finanziert. Aber erklären Sie das den Leuten in Lüdenscheid. Da haben wir jahrelang gespart, und was haben wir jetzt? Riesige Schäden. Ich halte es immer für sinnvoll, sich Einnahmen und Ausgaben ordentlich anzuschauen und den Bürgern beizeiten deutlich zu machen, dass Ausgaben für Infrastruktur, auch soziale Infrastruktur, nicht einfach welche sind, die man der Zukunft aufbürdet, sondern dass man andernfalls den Kindern Schrott hinterlässt. Das möchte ich nicht.

(Beifall von der SPD)

Michael Röls-Leitmann (GRÜNE): Ich würde gerne auf ein paar Punkte eingehen. Beim Thema „kommunale Wärmeplanung“ geht es um verschiedene Dinge, unter anderem um die Möglichkeit für die Kommunen, sich schon jetzt bereit zu machen. Dafür ist aber auch die konkrete Ausgestaltung ausschlaggebend.

Ich weiß nicht, wie eng Sie in die Verhandlungen Ihrer Kolleginnen und Kollegen in der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin eingebunden sind. Ich höre von meinen Kolleginnen und Kollegen dort, dass durchaus auch noch einige nicht ganz unrelevante Punkte in der Verhandlung und Ausgestaltung sind. Es ist am Ende wichtig, wie das Gesetz konkret ausgestaltet wird.

Zu der finanziellen Situation gab es jetzt in verschiedenen Ausschusssitzungen und darüber hinaus von der Landesregierung ganz klar das Bekenntnis zum Konnexitätsprinzip. Das ist unmissverständlich klargemacht worden. Das wollte ich hier ergänzend einbringen.

Zum Kohleausstieg 2030. Herr Stinka, Sie haben meiner Erinnerung nach in der Debatte den Vorwurf erhoben, das Land ducke sich weg, wo es schwierig werde. In der Verständigung zum Kohleausstieg 2030 im Rheinland zwischen Bund, Land und dem bergbautreibenden Unternehmen gibt es eine gewisse Aufgabenteilung, also eine Festlegung dazu, wer wofür zuständig ist.

Die Restlaufzeit der Braunkohlekraftwerke ist vom Bundestag in einem Bundesgesetz geregelt worden. Die Leitscheidung ist in Nordrhein-Westfalen festgelegt worden, und dies halte ich angesichts der damit verbundenen Herausforderungen nicht für etwas Leichtes. Die Behauptung, das Land NRW täte dort, wo es schwer ist, nicht seinen Teil dazu, ist nicht wahr. Eigentlich sind gerade im Konkreten super schwierige Konflikte und Spannungsfelder aufzulösen und zu klären.

Es erschließt es sich mir deswegen nicht, wie Sie zu dem Ergebnis kommen, dass sich Nordrhein-Westfalen im Rahmen unserer Verständigung dort wegduckte, wo es schwierig wird. Eigentlich wird gerade dort Verantwortung übernommen.

Die Kraftwerksstrategie muss jetzt vorankommen. Das sagen doch, ehrlich gesagt, auch Fraktionsmitglieder von SPD und Grünen in den Bundestagsfraktionen. Das habe ich schon von beiden Seiten gehört. Das ist immer wieder Thema. Deswegen erschließt es sich mir nicht, wieso die Landesregierung dafür angegriffen wird. Es gibt Dinge, die

im Bund geregelt werden müssen. Das hat die Staatssekretärin vorhin auch noch einmal treffend dargestellt.

Die von Ihnen vorgebrachten Kritikpunkte an dem Einzelplan 14, bei denen Sie sagen, da sollte es mehr Geld geben, sind sicherlich auch alle legitim und berechtigt. Sie haben den Änderungsantrag zum Transformationsfonds vorgelegt. Sind von der SPD-Fraktion noch weitere Änderungsanträge geplant? Mich würde nämlich interessieren, wo Sie das Geld für diejenigen Bereiche hernehmen, für die Sie gerne höhere Beträge ansetzen würden. Wie schichten Sie das um? Wenn das noch kommt, bin ich gerne bereit, das abzuwarten. Ich hätte es gut gefunden, wenn wir schon in diesem Rahmen darüber hätten reden können.

(Nadja Lüders [SPD]: Nett, oder?)

– Das ist einfach eine ehrliche Rückfrage. Sollten nämlich keine konkreten Vorschläge mehr zur Umschichtung kommen, wäre es natürlich ein bisschen merkwürdig, zu sagen, hier und dort fehle Geld, aber keine Vorschläge dafür zu machen, wo dieses Geld herkommen soll.

Das Gleiche gilt in Richtung der FDP. Herr Brockes, Sie haben bereits angekündigt, dass von Ihnen im weiteren Verfahren noch Änderungsanträge kommen. Sie sagen: Es ist kein Sparhaushalt. – Ich bin gespannt, wie Sie Ihre Prioritäten setzen bzw. das Geld für alles Mögliche aus dem Hut zaubern werden. Ich freue mich auf die Debatte, die wir führen werden, wenn uns dann etwas Konkretes vorliegt.

Ich möchte noch betonen, dass ich Ihre Kritik, der Haushalt sei politisch gemacht, grundsätzlich etwas schräg finde. Wie soll er denn sonst gemacht werden? Unpolitisch? Unstrategisch?

(Dietmar Brockes [FDP]: Anhand nachvollziehbarer Kriterien – das ist was anderes!)

– Naja, die Prioritätensetzung im Haushalt ist total nachvollziehbar. Sie selbst kritisieren an jeder Stelle die hohen Energiekosten, sind aber nicht bereit, es als Teil einer Lösung und einer wirtschaftspolitischen Antwort auf die aktuelle Situation anzuerkennen, wenn man diese angeht. Das passt doch nicht zusammen, Herr Brockes.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Also wirklich, da müssen Sie sich auch mal entscheiden. Ich halte es für richtig, dass Haushalte politisch gemacht werden. Auch der Haushalt von Herrn Pinkwart mit der immer mal wieder kritisierten Innovationsförderung war durchaus kein unpolitischer Haushalt. Es ist legitim, wenn jede Regierung auch politische Prioritäten setzt und unterschiedliche Strategien und Antwortvorschläge auf die Herausforderungen der jeweiligen Zeit hat.

Wir haben unsere Prioritäten meines Erachtens nachvollziehbar begründet. Dieser Haushalt mit dem Einzelplan 14 setzt die richtigen, und wir als Grünenfraktion werden ihm selbstverständlich zustimmen.

Alle in dieser Sitzung gestellten Änderungsanträge einschließlich ihrer Begründungen sowie das jeweilige Abstimmungsverhalten der Fraktionen sind Vorlage 18/1912 zu entnehmen.

Alle vorliegenden Änderungsanträge werden vom Ausschuss abgelehnt.

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 14 in seinem Zuständigkeitsbereich in unveränderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

2 Vorstellung von DIGITAL.SICHER.NRW (Präsentation [s. Anlage 1])

– Gespräch mit Sebastian Barchnicki (DIGITAL.SICHER.NRW)

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Dieser Tagesordnungspunkt war schon für die vorherige Sitzung vorgesehen, musste jedoch verschoben werden. Ich freue mich, heute Herrn Sebastian Barchnicki von DIGITAL.SICHER.NRW in unserem Ausschuss begrüßen zu dürfen.

Herr Barchnicki, Sie hatten uns angeboten, uns das Kompetenzzentrum von DIGITAL.SICHER.NRW einmal vorzustellen und damit verbundene Fragestellungen mit uns zu diskutieren. Sie haben das Wort. Anschließend möchten wir Fragen aus dem Ausschuss diskutieren.

Sebastian Barchnicki (DIGITAL.SICHER.NRW): Herr Vorsitzender! Frau Neubaur! Vielen Dank dafür, dass ich Ihnen das Thema näher bringen darf. – Ich würde mich gerne erst einmal vorstellen, werde aber versuchen, das möglichst kurz zu halten. Mit wem haben Sie es zu tun? Ich bin von Haus aus Informatiker. Ich habe das Fach im schönen Gelsenkirchen studiert, komme also hier aus der Region und bin ein NRW-Kind. Nach praktischer Informatik habe ich auch noch den Master in Informationssicherheit gemacht und bin Informatiker durch und durch.

Danach habe ich in der IT-Sicherheitsforschung zu Frühwarnsystemen, in der mobilen Sicherheit und der IT-Sicherheitsstrategieentwicklung gearbeitet. Vor meiner Tätigkeit bei DIGITAL.SICHER.NRW war ich Leiter der Unternehmensstrategie bei einem Hersteller für Hochsicherheit aus Nordrhein-Westfalen. Über diese Tätigkeit bin ich dann zu DIGITAL.SICHER.NRW gekommen. Ich bin aber selbst auch überzeugter Anwender. Das ist mir immer wichtig. Die Anwender haben nämlich immer ihre eigene Sicht auf die Technik. Darin werden Sie mir sicherlich zustimmen.

Wer ist DIGITAL.SICHER.NRW? Wir sind das Kompetenzzentrum für Cybersicherheit in der Wirtschaft aus Nordrhein-Westfalen für Nordrhein-Westfalen. Wir haben zwei Standorte, und zwar in Bochum und Bonn. Sie sind herzlich willkommen, uns dort einmal auf einen Kaffee zu besuchen, wenn Sie gern mehr über das Thema „Cybersicherheit“ erfahren würden.

DIGITAL.SICHER.NRW ist gemeinnützig unterwegs. Das ist ganz wichtig. Wir sind eine eigens dafür gegründete gGmbH und keine Behörde. Alles was wir tun, ist für die Unternehmen in NRW kostenfrei. Wir sind absolut wettbewerbsneutral, haben also auch keine Vertriebsabsichten und bieten in dem Zusammenhang keine Produkte an.

Die Herausforderung in Nordrhein-Westfalen besteht darin, dass 750.000 Unternehmen früher oder später mit dem Thema „Digitalisierung“ in Berührung kommen sollen, werden oder schon damit in Berührung gekommen sind. Cybersicherheit muss dabei immer eine Rolle spielen.

Auf Folie 6 der Präsentation sehen Sie ein paar Eckpunkte dazu, worüber wir eigentlich reden. Glücklicherweise ist vor kurzem der BSI-Lagebericht erschienen. Den dafür erhobenen und zusammengestellten Daten zufolge ist Ransomware nach wie vor die

größte Bedrohung. Darunter verstehen wir Erpressungstrojaner, mit denen Angreifer Unternehmen unter Druck setzen. Cyberkriminelle werden auch immer professioneller. Schwachstellen in der Software sind ein riesiges Problem. Sie werden für Angriffe genutzt. KI und natürlich die weltweite Sicherheitslage spielen eine große Rolle.

Ich habe für Sie zwei Zahlen zusammengestellt, die Ihnen ein Gefühl dafür vermitteln sollen, worüber wir eigentlich reden.

Der Bitkom-Bericht spricht von 200 Milliarden Euro an Cyberschäden in Deutschland. Ich habe mir mal erlaubt, das für diese Dekade auszurechnen. Wir haben in diesem Jahrzehnt in Deutschland in diesem Bereich bisher einen Schaden von über 646 Milliarden Euro, und die Dekade ist bekanntlich noch nicht zu Ende. Nur zum Vergleich: Der Bundeshaushalt, die Ausgaben für die Bundesrepublik, liegt bei 476 Milliarden Euro – damit Sie die Größenordnung der Schäden einordnen können, um die es geht.

Kleinstunternehmen mit unter 25 Mitarbeitern sind bekanntlich das Rückgrat der Wirtschaft in Deutschland. Auch das steht im BSI-Lagebericht. 99 % der Unternehmen in Deutschland sind kleine Unternehmen. Diese unterliegen häufig dem Trugschluss, sie wären zu klein oder zu unbedeutend, um angegriffen zu werden. Die Unternehmer sagen: Bei mir gibt es ja gar nichts zu holen.

Die hochprofessionellen Angreifer wollen jedoch im Zweifel gar nichts holen, sondern den Unternehmer von seinen eigenen Daten und Arbeitsprozessen ausschließen. Das macht uns als achtgrößten Wirtschaftsstandort in Europa interessant. Die hohe Anzahl von Unternehmen, die am Internet hängen, weckt natürlich Begehrlichkeiten.

Auf Folie 7 sehen Sie ein paar Motivationsfaktoren. Bei DIGITAL.SICHER.NRW führen wir auch Beratungsgespräche. Ich möchte Ihnen ein Gefühl dafür vermitteln, wie die Unternehmen da draußen in der Realität aufgestellt sind. Wir haben zum Beispiel Folgendes gelernt: Es gibt durchaus Unternehmen, bei denen in einem Großraumbüro fünf bis zehn Mitarbeiter sitzen, die sich alle dasselbe Passwort teilen.

Man kann darüber schmunzeln, aber wir fragen dann: Warum ist das so? Der Anwender hat schließlich seine Gründe dafür, die Dinge zu tun, wie er sie tut. Er sucht sich immer den Weg des geringsten Widerstandes. Ich kann das auch ein Stück weit nachvollziehen. Die Begründung lautet zum Beispiel: Wenn der eine Mitarbeiter in Urlaub geht, muss der andere Mitarbeiter ja in dessen E-Mails und Kalender gucken können. Denn stellen Sie sich vor, der Kunde meldete sich und es antwortete niemand.

Es gibt Unternehmen, die beim Thema „Cybersicherheit“ keinerlei Orientierung haben. Diese versuchen wir ihnen zu geben. Welche Sicherheitsvorkehrungen brauchen die Unternehmen eigentlich? Das Thema ist komplex. Oft bekommen sie die Antwort: Es kommt darauf an. Das kennen wir auch alle. Das hilft dem einzelnen Unternehmen am Ende auch nicht weiter und ist wenig lösungsorientiert.

Manche Unternehmen glauben zum Beispiel nur, sie wüssten wo ihr Router stehe. – Der Router ist aber eine zentrale Komponente. Sie wissen hoffentlich, welche Implikationen das hat. Ein Router ist nämlich der Zugang zum weltweiten Internet. Ab dem Zeitpunkt, an dem ein Unternehmen mit dem Internet verbunden und digitalisiert ist, ist es für jeden von jedem Punkt der Erde aus erreichbar. Der Angreifer muss noch nicht einmal

das Haus verlassen, egal von wo aus er Unternehmen in Nordrhein-Westfalen oder in Deutschland angreifen möchte. Dieses Risiko müssen wir irgendwie eindämmen.

Zum Thema „Clouds“. Unternehmen wissen häufig nicht, welche sie nutzen und wo die Daten zerstreut sind. Auch das ist ein riesiges Problem. Da lautet das Stichwort „Asset-Management“. Manchmal haben sie keine Ahnung, welche Lösungen eingesetzt werden. Wenn ich mich verteidigen möchte, muss ich aber wissen, wo meine Zäune stehen, welche Maschinen ich habe. In der realen Welt ist es völlig klar, warum ich einen Zaun brauche. Unternehmen ist es aber in Bezug auf die digitale Welt oft gar nicht klar. Dabei versuchen wir von DIGITAL.SICHER.NRW zu unterstützen.

Die Folien sind nicht schwarz gehalten und zeigen keine Abbildungen von irgendwelchen Hackern mit Hoodies im Keller. Das machen wir bewusst so, weil wir den Unternehmer mit der positiven Botschaft erreichen möchten: Digitale Sicherheit hilft dir zwangsläufig, langfristig bestehen zu bleiben. Es ist für dich ein Wettbewerbsvorteil, wenn du das im Griff hast.

Auf Folie 8 sehen Sie, wie Angreifer organisiert sind. Wir sprechen von einer hochprofitablen Angriffsindustrie. Man munkelt, Kriminelle machten mittlerweile mehr Geld mit Angriffen auf Unternehmen als mit Drogen. Das ist Wahnsinn. Der Wareneinsatz ist dabei gering. Das sage ich jetzt noch vorsichtig. Sie sehen: Die haben Abteilungen. Eine Finance-Abteilung kümmert sich um Geldwäsche und Abwicklung, der Sales-Bereich pflegt die Kundendatenbank. Wenn die Angreifer wissen, wo sie hereinspazieren konnten, hält die Ehre sie wahrscheinlich kaum davon ab, das noch einmal zu tun.

Das einzig Positive ist, dass nach allem, was wir wissen, auch die Angreifer Fachkräftemangel beklagen. Andererseits wird die KI auch hier ihren Beitrag leisten. Sie tut es sowohl auf der guten als auch auf der weniger guten Seite.

Das alles soll Ihnen als Überblick über die Struktur dienen. Es handelt sich um ein hochprofessionelles Ökosystem.

Was kostet mich das eigentlich? Ich möchte hier niemanden zu irgendetwas anstiften, nenne hier auf Folie 9 aber dennoch ein paar Marktpreise. Wenn Sie zum Beispiel eine Phishing-Kampagne fahren wollen, dann nennen Sie nur das Ziel, und die machen dann alles andere. Die werden dann am Gewinn beteiligt, erpressen die Unternehmen, holen sich alles, was geht. Sie als Einkäufer bzw. Kunde haben natürlich keine Kontrolle darüber, was in Zweit- und Drittverwertung mit den Daten geschieht.

160 Millionen E-Mail-Adressen kosten im Paket nicht einmal 50 Dollar. Wenn Sie den gesamten Datensatz haben wollen, vielleicht auch mit Kreditkartendaten oder Ähnlichem, sind sie mit 2.000 Dollar dabei. Wenn Sie einen entsprechend großen Schaden anrichten wollen, sind die Preise überschaubar.

Wir haben bei uns ein Portfolio aufgebaut und machen ein ganz konkretes Angebot. Wir müssen den Unternehmen eine Anlaufstelle bieten, also jemanden, der auf Augenhöhe mit ihnen spricht, der keinen IT-Sprech benutzt, sondern ihre Probleme wirklich versteht und ihnen hilft. Dazu bieten wir eine digitale Erstberatung an. Diese nutzen wir einerseits, um Unternehmen zu unterstützen, sich die richtigen Fragen zu stellen. Häufig haben sie gar keine Antworten auf diese Fragen. Das ist aber gut, weil das

bedeutet: Gut, das wir reden. Wir müssen gemeinsam eine Antwort auf die Fragen finden und strukturiert durch die Themen gehen: Cloud, Sicherheit, Passwörter, Backups – ganz wichtiges Thema – und was auch immer da relevant ist.

Wir halten auch Vorträge und sind in ganz Nordrhein-Westfalen unterwegs. Wir bieten Ratgeber, Webinare und Veranstaltungen an und geben der Wirtschaft in NRW mit dem, was wir tun, auf präventive Art Hilfestellung auf Augenhöhe.

Ein großer Erfolgshebel, um das Thema „Cybersicherheit“ in die Breite zu bringen, ist das nordrhein-westfälische Förderprogramm „MID-Digitale Sicherheit“. Das kommt sehr gut an. Die kleinen Unternehmen, die das eigentlich auch angehen müssen, weil die Situation bei Ihnen häufig verheerend ist und in der nächsten Zeit sehr viel passieren muss, fragen sich: Wie soll ich das bezahlen? Dafür eignet sich das Programm extrem gut, weil es nicht zu bürokratisch ist. Das hören wir auch von den Dienstleistern, die es betreuen. Wir fragen diese immer, wie sie das Programm finden, und sie antworten: Das ist super, weil es eine dauerhafte Zusammenarbeit etabliert.

Als Unternehmer brauche ich jemanden, der das Thema dauerhaft begleitet. Keiner von uns würde auf die Idee kommen, den Ölwechsel und den Bremswechsel an seinem Auto selber vorzunehmen, weil wir keinem Dienstleister trauen oder uns nicht damit beschäftigen möchten, eine Werkstatt zu suchen. Es ist selbstverständlich, dass wir uns dafür Profis suchen, die das gelernt haben. Die Unternehmer müssen begreifen, dass es auch im digitalen Bereich ausgesprochen wichtig ist, diese Dinge an Profis abzugeben. Das Programm ist ein super Startpunkt und forciert die Zusammenarbeit.

Gemeinsam mit Ministerin Mona Neubaur und allen Akteuren in Nordwestfalen haben wir uns überlegt, dass es ganz konkrete Maßnahmen braucht, und uns gefragt: Was müssen wir eigentlich tun, um aus ergebnisorientierter Sicht einen großen Mehrwert für alle anzubieten. Auf der Folie 13 sehen Sie im Prinzip das Ergebnis einer langen und interessanten Reise mit ganz vielen Unterstützerinnen und Unterstützern, darunter viele Verbände, die alle gesagt haben: Wir unterstützen euch dabei, ganz konkrete Maßnahmen für die nächsten Jahre zu definieren, die die Anwender auch brauchen.

Wir haben mit Verbänden und Anbietern gesprochen. Wir haben aber insbesondere auch die Anwender gefragt: Was wünscht ihr euch eigentlich? Was braucht ihr? Das ist extrem gut angekommen und hat ein tolles Ergebnis hervorgebracht.

Auf Folie 14 sehen Sie die Logos zu den Gesichtern auf der vorherigen Folie. Das sind im Prinzip die Schwergewichte, die dahinter stehen und uns dabei sehr supporten. Das Ganze ist auf sehr fruchtbare Erde gefallen. Die Unterstützung ist massiv. Sie haben sich auch für die nächsten Jahre dazu committet. Wir haben auch alle in die Pflicht genommen, sie waren vor Ort und haben ein entsprechendes Dokument unterschrieben. Frau Neubaur besitzt das Original. Wir freuen uns sehr über diesen breiten Support.

Auf dieser Folie 15 habe ich die 13 vereinbarten Maßnahmen aufgelistet. Sie können sich das entsprechende Dokument bei Interesse von unserer Webseite herunterladen und studieren. Die aufgeführten Maßnahmen sind sehr ergebnisorientiert und sehr darauf bedacht, den Mehrwert zu bestimmen, der die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen auch nachhaltig stärkt und dauerhaft unterstützt.

Wir sehen das Thema „Cybersicherheit“ nicht in einer dunklen Kellerecke. Daher haben wir versucht, es auch aus dieser dunklen Sprache herauszuholen. Im Rahmen der Initiative haben wir eine ganz tolle Kampagne gestartet, bei der jeder versteht, worum es geht, nämlich: „Tür zu im Netz“. Unsere Ansprache in Richtung der Unternehmen lautet: Mensch, beendet doch endlich das digitale Dauerlüften im Internet. Das genau passiert nämlich gerade. Die Türen stehen zumindest in vielen Unternehmen angelweit offen. Das können wir uns als Wirtschaftsstandort auf Dauer nicht leisten.

DIGITAL.SICHER.NRW, „MID-Digitale Sicherheit“ und die weiteren Initiativen sind bereits sehr erfolgreich, aber es liegt noch sehr viel Arbeit vor uns. Das sind die Motive, die wir im Rahmen der Kampagne „Tür zu im Netz“ erarbeitet haben, die Unternehmen auf eine sehr niederschwellige Art und Weise direkt ansprechen soll, um darzustellen, worum es bei den relevanten Themen geht, und ihnen zu verdeutlichen, dass sie sich damit beschäftigen müssen.

Ich komme jetzt auch schon zu meiner letzten Folie. Ich möchte einen Blick in die Zukunft werfen und noch einige Dinge kommunizieren. Cybersicherheit ist ein extrem strategisches Thema. Die Unternehmen und die Anbieter müssen lernen, dass digitale Sicherheit keine Option ist, wenn Digitalisierung in irgendeiner Art und Weise in Erwägung gezogen wird, sondern immer mitgedacht werden muss. Ansonsten sind sie mit dem, was sie tun, einfach nicht nachhaltig unterwegs. Das wollen wir alle nicht.

Cybersicherheit ist ein Teamsport. Dabei muss man über alle Ebenen und mit allen möglichen Stakeholdern und Playern zusammenarbeiten. Das ist super wichtig. Manche sagen, es sei ein Marathon. Ich würde aber behaupten, es ist eine Daueraufgabe und ein Prozess. Sie können nicht einfach 100 g Cybersicherheit kaufen, es irgendwo einstöpseln, und dann sind Sie mit dem Thema durch. Es muss kontinuierlich im Blick behalten werden.

Es ist ein Querschnittsthema und betrifft alle Ressorts und Branchen und jeden, der irgendwo digital unterwegs ist. Digitales ist heute allgegenwärtig. Digitales und Cybersicherheit sind gekommen, um zu bleiben.

Vielleicht haben Sie sich jetzt gefragt: Wie können wir eigentlich helfen, um bei dem Thema weiter voranzukommen, unsere Wirtschaft noch besser zu schützen und noch erfolgreicher zu sein? Intermediäre Akteure sind von großer Bedeutung, um das Thema zu unterstützen und mit uns gemeinsam in die Breite zu tragen. Für den Erfolg ist es auch wichtig, Unterstützungsangebote weiter auszubauen.

Das Fundament einer erfolgreichen Wissensgesellschaft ist aus meiner Sicht in Zukunft der digitale Reifegrad. Da muss auch digitaler Sicherheit große Bedeutung zugemessen werden. Die Angreifer wissen, dass wir ein interessanter Wirtschaftsstandort sind. Wir haben Daten, und diese wecken weltweit immer Begehrlichkeiten.

Wir freuen uns über die gute Zusammenarbeit mit dem Land NRW, auch mit den Sicherheitsbehörden und Sicherheitsorganen im Ministerium. Wir tauschen uns sehr regelmäßig mit dem Wirtschaftsschutz und mit der Staatsanwaltschaft aus. Wir gehen auf Veranstaltungen und versuchen aus verschiedenen Perspektiven aufzuklären. Das ist ein Teamsport. Das versuchen wir auch weiterhin so zu leben.

Meines Erachtens ist das Geld des Landes hier gut angelegt. Wir haben eine sehr gute Ausgangsposition. Das höre ich auch immer wieder. Wenn andere Länder sehen, was wir in diesem Bereich tun, werde ich oft Frage gefragt: Was müssen wir tun, um das Gleiche zu machen? – Dann sage ich: Rufen Sie Frau Neubaur an.

Ich weiß nicht, wie oft Ihr Telefon klingelt, Frau Neubaur, aber wir sind super aufgestellt und haben eine sehr gute Ausgangsposition. Ich sage immer: Wir sind gut. Gleichzeitig muss es immer die Möglichkeit geben, noch besser zu werden. Damit komme ich zum Ende und freue mich über jede Frage von Ihnen.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Vielen Dank für die Vorstellung, Herr Barchnicki. Das Angebot und die Organisation war vielen hier noch nicht so bekannt. Damit eröffne ich die Fragerunde.

Christian Obrok (SPD): Vielen Dank für den sehr interessanten Bericht. Wir nehmen die Einladung zum Kaffee gerne an. Trotzdem habe ich noch einige kurze Fragen. Sie haben gerade geschildert, wie erfolgreich das Projekt ist. Das sieht man meines Erachtens auch daran, dass der Onlinekalender, in dem man diese Ersttermine buchen kann, offenbar voll ist. Könnten Sie quantifizieren, mit wie vielen Unternehmen Sie pro Monat im Erstkontakt stehen?

Sie haben vorhin gesagt: Wir sind international eine Zielscheibe. – Hat sich in den vergangenen zwei bis drei Jahren bezüglich der Angriffsvektoren oder Angriffsländer etwas verändert? Das lässt sich sicherlich leicht verschleiern, aber gibt es ein Pi-mal-Daumen-Gefühl dazu, ob zum Beispiel mehr aus dem asiatischen Bereich und weniger aus Russland kommt? Dazu hätte ich gern eine Einschätzung.

Ihre Zielgruppe sind vor allen Dingen kleine und mittlere Unternehmen. Wenn man die Zeitung aufschlägt, lesen wir eher von Angriffen auf Städte, Kommunen, Universitäten und Schulen. Die haben teilweise ihre IT in irgendwelche Gesellschaften ausgegliedert und ihr Windows XP seit 20 Jahren nicht gepatcht. Dann passiert so etwas halt. Gerade liegen wieder ganze Verwaltungen lahm. Gibt es einen Austausch mit den IT-Dienstleistern von Kommunen, die auch im Fokus der Angriffe stehen und für einen funktionierenden Staat in NRW verantwortlich sind?

Dann hätte ich noch eine Frage zur Nachbearbeitung. Der Erstkontakt ist kostenlos. Es gibt auch Förderungen. Dann übergeben Sie das hoffentlich in professionelle Hände bzw. überzeugen die Unternehmen davon, das zu tun. Folgt danach noch einmal einen Austausch zwischen Ihnen, die den Erstkontakt gemacht haben, und den Unternehmen? Es ist sehr wichtig, kontinuierlich am Ball zu bleiben, um die Sachen nicht auf Strecke zu verlieren und dann irgendwann doch in der Zeitung zu lesen, dass da wieder viele Kreditkarten oder Kundendatensätze geleakt worden sind.

Auf einer der ersten Folien haben Sie das Thema „KI“ angesprochen. Viele haben noch nicht verstanden – das gilt sowohl für die Anwender, die vor dem Rechner sitzen, als auch für die Unternehmen –, dass KI zwar sehr große Chancen bietet, sich mit einer KI wahrscheinlich aber auch in wenigen Monaten sehr gute Exploits schreiben lassen.

Das wird kommen. Auch die Täter denken schließlich kostenoptimiert und nutzen gerade in Zeiten des Fachkräftemangels gerne KI.

Da lautet die Frage, inwieweit Sie das schon einfließen lassen können, weil es sich um einen sehr dynamischen Prozess handelt und das KI-Wachstum sowie die Zunahme der Lerngeschwindigkeit exponentiell sind. Inwieweit können Sie das überhaupt nachhalten und die Bedarfe und die Fragen, die es bei den Unternehmen sicherlich gibt, beantworten? – Die restlichen Fragen stelle ich dann bei einer Tasse Kaffee.

Björn Franken (CDU): Auch wenn ich als Digitalpolitiker den ganzen Nachmittag philosophieren könnte, will ich es jetzt kurz halten. Im Namen der CDU-Fraktion möchte ich mich zunächst für die Vorstellung bedanken. Es war wirklich ein spannender und doch kurzweiliger Einblick. Die 15 Minuten waren sehr schnell vorbei.

Ich habe folgende Nachfragen: Wie erreichen Sie die Unternehmen konkret? Sie haben ein sehr breites Unterstützernetzwerk. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie in Industriegebieten Klingelmännchen spielen. Die Firmen kommen zudem für gewöhnlich von sich aus sicherlich erst dann auf Sie oder Fachunternehmen zu, die damit viel Geld verdienen, wenn es schon zu spät ist. Wie stellen Sie die Kontakte her? Wie versuchen Sie da auch in die Breite zu gehen?

Sie sagten völlig zu Recht: Die Sicherheit kostet auch viel Geld. Die Unternehmen lassen sich die Belastungstests – wie Mitarbeiter zum Beispiel auf Phishing-Mails reagieren – teuer bezahlen. Wie regeln Sie das?

Eine Verständnisfrage: Sie hatten gesagt, dass das BSI einen Schaden in Höhe von 600 Milliarden Euro pro Jahr annimmt. Der Branchenverband Bitkom hatte von 200 Milliarden Euro pro Jahr gesprochen. Können Sie das einordnen? Diese Zahl hat uns verwirrt.

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank auch von unserer Fraktion für Ihren Vortrag und die Arbeit, die Sie leisten, um die Wirtschaft und den Mittelstand in unserem Land zu schützen.

Ich interessiere mich für die aktuelle Lage. Welche Themen bzw. Bedrohungslagen liegen bei den Unternehmen an? Wo sind die größten Fallstricke? Welche Bereiche bereiten den Unternehmen am meisten Sorgen?

Kommen die Unternehmen zu Ihnen, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist – Herr Franken hat es angesprochen –, oder sind sie auch bereit, das im Vorfeld anzugehen?

Jan Matzoll (GRÜNE): Vielen herzlichen Dank auch von uns für die tolle Vorstellung. Man merkt, Sie brennen für das Thema und sind da wirklich ein Experte. Das freut mich sehr, zumal es nicht immer der Fall ist, wenn Menschen über IT-Sicherheit oder Cybersicherheit sprechen. Ich nehme auch gerne die Einladung zum Kaffee an, am liebsten nach Bochum. Diesbezüglich komme ich noch einmal auf Sie zu.

Herr Obrok hat meines Erachtens schon einen guten Fragenkatalog abgeliefert. Von daher will ich da gar nicht so viel ergänzen, außer vielleicht einer Frage: Wie sehen Sie die langfristige Entwicklung bei Unternehmen, mit denen Sie schon zusammengearbeitet haben. Die haben das dann selbst in professionelle Hände zu geben. Gab es Rückfälle bzw. Unternehmen, die das offenbar nicht so gut umsetzen konnten?

Oder kann man sagen: Die Art und Weise, wie Sie beratend tätig werden, ist tatsächlich so nachhaltig und gut, dass die Unternehmen, die länger mit Ihnen in Kontakt waren, jetzt auch genau wissen, was sie zu tun haben, und diese Faktoren, die wir angesprochen haben, entsprechend abgestellt bzw. minimiert haben?

Sebastian Barchnicki (DIGITAL.SICHER.NRW): Vielen Dank für die Fragen. Ich werde versuchen, alle zu beantworten. Sehen Sie es mir bitte nach, falls ich eine vergesse. Ich fange hinten an. Zunächst zu der Frage nach den Rückfällen bzw. der Entwicklung bei den Unternehmen. Das ist immer schwierig zu beantworten. Das gilt auch insgesamt für das Thema „Cybersicherheit“. Zahlen und Erkenntnisse zur Langfristigkeit, dazu, was unter der Haube tatsächlich passiert und wie es funktioniert, sind wirklich schwierig zu bekommen. Wir bemühen uns aber immer darum.

Unter dem Strich erhalten wir oft ein sehr gutes Feedback. Die Unternehmen sagen: Endlich konnte mir jemand auf Augenhöhe erklären, worum es geht. Wir empfehlen natürlich keine Produkte und keine Dienstleister, helfen aber sehr wohl, die richtigen Fragen an mögliche Dienstleister zu stellen, damit die Unternehmen sozusagen eine gute Autowerkstatt besser von einer schlechten Autowerkstatt unterscheiden können.

Nach all dem, was wir von den Dienstleistern hören, ist das durchaus sehr nachhaltig, insbesondere dann, wenn dieses MID-Programm ins Spiel kommt. In der Folge etabliert sich fast immer eine dauerhafte Zusammenarbeit. Man merkt nämlich bereits bei der Antragstellung, ob man mit dem Dienstleister gut auskommt und ob der irgendwie qualifiziert ist oder nicht.

Zur aktuellen Bedrohungslage und dem, was die meisten Sorgen macht. Ich komme aus dem Hochsicherheitsbereich und könnte Ihnen einige Storys erzählen. Ich würde meinen Blick jetzt aber auf das richten, was wir primär fokussieren. Das sind die Kleinunternehmen. Für diese ist aktuell jede Bedrohung eine Bedrohungslage, weil die Sicherheit in den Unternehmen so rudimentär bis nicht vorhanden ist, dass wir hier über ganz einfache Dinge wie die Notfallbehandlung, sichere Passwörter und Backups sprechen.

Es muss sehr viel getan werden, damit das Unternehmen eine Art von Basisschutz aufbaut. Dabei geht es darum, dass es nicht wie eine Einladung aussieht bzw. das Dach nicht so weit offensteht, dass es reinregnet. Die Hacker gehen nämlich einfach in die Breite und sehen dann, wer umfällt.

Zu den 600 Milliarden Euro. Sie sind zu Recht verwirrt. Das sind nämlich nicht die Zahlen der Bitkom, sondern ich habe die Zahlen von 2020 bis heute aufsummiert. Das ist im Prinzip der Schaden, der in diesem Jahrzehnt bisher entstanden ist. Der Wert lag 2017 bei 50 Milliarden. Daran kann man sehen, wie sich das entwickelt hat. Man kann sagen: Es sind nur 200 Milliarden Euro, weil wir erfolgreich sind. Oder: Es sind

200 Milliarden Euro, weil wir nicht genug unternommen haben. Wir müssen auf jeden Fall besser werden.

Wie erreichen wir die Unternehmen? Wir können natürlich nicht herumfahren und Werbung vor Ort machen oder die Unternehmen anrufen. Das ist gar nicht das Ziel. Ich hoffe, es wurde auch in Bezug auf die Initiative deutlich. Wir sind darauf angewiesen, mit Multiplikatoren zusammenzuarbeiten. Wir haben uns ein sehr starkes Supportnetzwerk aufgebaut.

Mit den IHKs und der Handwerkskammer, die ihre Branchen besser verstehen und so den Zugang ermöglichen, gibt es sehr viele tolle Projekte und eine gute Zusammenarbeit. Sie sind auch herzlich eingeladen, wenn am 30. November 2023 in Köln der IT-Sicherheitstag Nordrhein-Westfalen stattfindet. Die IHK Köln hat diesen ins Leben gerufen. Mittlerweile richtet DIGITAL.SICHER.NRW ihn zusammen mit der IHK und der Handwerkskammer aus, die wir an Bord geholt haben. Ziel ist es, die relevanten Gewerke und Branchen zu erreichen.

Zu der Frage der Bezahlung. Alles, was wir tun, ist kostenfrei. Das gilt sowohl für das Eingangsangebot als auch alle weiterführenden Gespräche und Themen, die man mit uns behandelt. Das sorgt auch für ein großes Vertrauen bei den Unternehmen.

Zu KI und den Exploits. Neue Technologien bergen immer Risiken und Chancen. Deswegen sind wir uns alle bewusst. Alle wissen das für sich zu nutzen. Jetzt kann man sagen: Das ist blöd, weil die Angreifer besser werden und damit auch ihren Fachkräftemangel ein bisschen beheben können. Aber auch die guten Leute in dem Bereich, auch die Anbieter integrieren diese Produkte und nutzen sie, um besser zu werden.

Wir werden es vermutlich als Erstes an grammatikalisch korrekten Phishing-Mails sehen. Es hieß ja oft: Sie erkennen eine Phishing-Mail an den Tippfehlern in der Mail. Klicken Sie nicht auf den Link. – Das wird sich damit ändern. In welche Richtung alles Nachgelagerte ausschlägt, wird man sehen.

Es darf nach dem Erstkontakt auch immer einen Zweit- und Drittkontakt geben. Wir haben keine einmalige Verpflichtung gegenüber den Unternehmen. Wir möchten die gerne begleiten. Wenn Sie das Gefühl haben – und das kommt auch vor –, wir müssen noch ein zweites oder drittes Gespräch führen, um etwas nachzjustieren oder weil etwas unklar geblieben ist, stehen wir dafür zur Verfügung. Das machen wir auch sehr gerne. Das freut uns. Das zeigt uns, dass die Leute das auch aufgenommen haben und das, was wir vorhaben, bei Ihnen auch entsprechend angekommen ist.

Kommunale IT. Ich würde sagen: Dafür sind wir nicht zuständig. Die Kommunen stehen da absolut vor einer Herausforderung. Da gibt es sicherlich Handlungsbedarf. Wir machen jedoch präventive Arbeit für die Wirtschaft und sind mit den Wirtschaftsthemen auch schon mehr als genug ausgelastet.

Zur Zielscheibe Nordrhein-Westfalen. Zielscheibe ist man immer, wenn es etwas zu holen gibt. Das hat sich mit den Ereignissen der vergangenen Jahre nur teilweise geändert. Ich habe letztens noch mit dem Vize vom BSI gesprochen. Es gibt durchaus die Annahme, dass die Angreifer, von denen man aufgrund der aktuellen Sicherheitslage ausgehen würde, noch viel mehr Potenzial haben, als man es bisher gesehen

hat. Wir tun gut daran, möglichst viel präventiv zu schaffen, sodass höhere Hürden zu nehmen sind, falls die auf die Idee kommen, weiteres Potenzial zu entfalten. Nach allem, was ich gehört hab, ist der Weg das Ziel.

Zur Quantifizierung, also zur Anzahl der Unternehmen. Das ist etwas schwer zu beziffern, weil wir Unternehmen über verschiedene Kanäle erreichen. Der Beratungskalender ist das eine. Wir haben eine sehr unterschiedliche Anzahl an Kontingenten. Wir erreichen die Unternehmen aber auch sehr erfolgreich auf Veranstaltungen.

Wir gehen mit unserem Angebot dorthin, wo die Unternehmen sind, seit Corona vorbei ist und wir vor Ort sein können. Das ist positiv. Sie kommen dort anders ins Gespräch, als wenn Sie einen Vortrag vor einer Kachel halten. Die Unternehmen kommen auf uns zu und führen auch vertrauensvolle Gespräche, stellen Fragen, über die wir reden können und aus denen sich Nachfolgegeschichten ergeben.

In diesem Zusammenhang adressieren wir auch Start-ups. Ich war letzte Woche in Bonn im DIGITALHUB.DE und habe dort einen Start-up-Workshop gehalten. Ich finde persönlich: Nachhaltiger geht es gar nicht. Die Start-ups arbeiten von Anfang an mit digitalen Geschäftsmodellen. Wenn man da frühzeitig die Botschaft platziert, dass man selber Sicherheit von Anfang an mitdenken muss, hat das noch einmal eine andere, auf die Zukunft gerichtete Qualität. Wir versuchen so viele zu erreichen, wie es geht. Aber die Unternehmen müssen am Ende auch erreicht werden wollen.

Wie motiviert man die Unternehmen? Dafür haben wir die Initiative und die Kampagne. Dadurch wird es hoffentlich noch viel mehr. Habe ich noch eine Frage vergessen?

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Ich schau mal in die Runde. – Es sieht aber so aus, als hätten Sie alles abgedeckt. Frau Ministerin Neubaur wollte gerne das Wort ergreifen.

Ministerin Mona Neubaur (MWIKE): Die Frage der Cybersicherheit wird vom Innenministerium koordiniert. Außer, wenn es um Wirtschaft geht, ist das Innenministerium hauptverantwortlich. Ich will explizit loben, wie gut die Zusammenarbeit mit dem Innenministerium an dieser Stelle funktioniert.

Herr Barchnicki, ich möchte mich auch bei Ihnen und Ihrem gesamten Team für alles bedanken, was Sie leisten. Die Arbeit ist gut, und dieses Förderprogramm wird nachgefragt wie geschnitten Brot. Daher haben wir uns dazu entschieden, frühzeitig die Zusage zu geben, dass wir die Unterstützung des Wirtschaftsministeriums dafür bis einschließlich 2026 sichern.

Es ist knallharte Wirtschaftspolitik, dabei zu helfen, wirtschaftlichen Schaden gerade von mittelständischen Unternehmen abzuwenden. Solche Maßnahmen sind vielleicht manchmal etwas komplizierter, und man kommt erst beim zweiten Nachdenken darauf. Aber das machen wir eben auch. Soweit ich informiert bin, sind Sie mit Ihren Beratungsangeboten schon mit über 600 Unternehmen in Kontakt gewesen, obwohl Sie noch nicht so lange am Start sind.

Mir ist noch ein weiterer Aspekt wichtig, nämlich die eurobits women academy. Herr Barchnicki hat es angesprochen: Es gibt einen substanziellen Arbeits- und Fachkräfte-

mangel. Mit der eurobits women academy haben wir ein Projekt gestartet, mit dem wir in den nächsten drei Jahren im Speziellen eine Plattform aufzubauen versuchen, über die Frauen entweder als Quereinsteigerinnen oder auf der Suche nach einem wirklich spannenden, mit Aufstiegschancen versehenen Bereich ins Erwerbsleben einsteigen und sich vernetzen können. Auch das ist eine ganz tolle Sache, bei der wir die Dinge bis zum Ende denken.

Last, but not least, haben wir es mit einer wirklich starken Allianz zu tun. Sie haben das anhand der Partner gezeigt, die Sie im Rahmen der Initiative unterstützen und auch das Schriftstück unterzeichnet haben. Ihre Trägergesellschaft, diese gemeinnützige GmbH, die eurobits zusammen mit Cyber Security Cluster Bonn gegründet hat, zeigt auch, dass gerade das Verbinden der guten Initiativen die Stärke von NRW in dem Bereich ausmacht. Sie, Ihr Team und Ihre Arbeit sehen wir tatsächlich als Leuchtturm, und das wird auch von anderen Ländern so gesehen. Das kann ich bestätigen. Daher auch von meiner Seite herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Ich sehe keine weiteren Rückfragen. Ich bedanke mich im Namen des Ausschusses ganz herzlich dafür, dass Sie sich heute die Zeit genommen haben, uns diesen sehr interessanten Impuls zu geben. Diejenigen, die schwerpunktmäßig digitalpolitisch unterwegs sind, kannten das Ganze vielleicht auch schon in Grundzügen. Für viele, zumindest für mich, war das ein neuer Input.

(Beifall von allen Fraktionen)

3 Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1830

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Dieser Tagesordnungspunkt wird vereinbarungsgemäß zu jeder Sitzung aufgerufen. Heute liegt uns dazu ein Bericht der Landesregierung auf Anfrage der FDP-Fraktion vor. Möchte die Landesregierung diesen ergänzen?

Ministerin Mona Neubaur (MWIKE): Das mache ich sehr gerne. Ich will im Speziellen auf die Frage des letzten Kapitels zu der Braunkohleverstromung im Rheinischen Revier eingehen. Angesichts der aktuellen Prüfung einer möglichen Laufzeitverlängerung der Kraftwerksblöcke D und E in Neurath bis zum 31. März 2025 durch das Bundeswirtschaftsministerium hatte uns die FDP-Landtagsfraktion nochmals um einen Bericht gebeten.

Lieber Herr Brockes, im Rahmen der Eckpunktevereinbarung wurde angesichts der angespannten Lage auf den Gasmärkten vereinbart, dass die Kraftwerksblöcke D und E bis Ende März 2024 in Betrieb bleiben. Ursprünglich sollten Sie bereits Ende 2022 abgeschaltet werden. Es wurde vereinbart, dass die Bundesregierung bis Ende 2023 entscheiden solle, ob die Anlagen bei Bedarf noch länger am Strommarkt bleiben oder dann gegebenenfalls in die Reserve überführt werden.

Die Vereinbarungen wurden bundesgesetzlich im Kohleverstromungsbeendigungsgesetz umgesetzt. So sieht § 47 Abs. 3 Kohleverstromungsbeendigungsgesetz vor, dass die Bundesregierung bis zum 30. September 2023 prüfen soll, ob die Braunkohleanlagen Neurath D und E über den 31. März 2024 hinaus bis zum 31. März 2025 weiterbetrieben oder in eine Reserve überführt werden sollen. Dies wurde von SPD, FDP und Grünen im Bund so beschlossen.

Der mögliche Weiterbetrieb der beiden Blöcke war also bekannt und ist auch im Kohleverstromungsbeendigungsgesetz verankert. Folgerichtig haben wir diese Option in unserer Leitentscheidung 2023 berücksichtigt. Mit dieser wurde darüber hinaus ebenfalls Vorsorge für eine etwaige Kraftwerksreserve bis Ende 2033 getroffen. Das Braunkohlenplanänderungsverfahren Garzweiler II ist dementsprechend so auszurichten, dass der Kohleausstieg 2030 umgesetzt werden kann, vorsorglich aber auch ein Reservebetrieb bis 2033 möglich bleibt.

Für einen möglichen Reservebetrieb bis 2033 kann im Süden das Abbaufelds Garzweiler II liegende Kohle genutzt werden. Eine Änderung der Leitentscheidung ist also unabhängig vom Ergebnis der Prüfung des Bundeswirtschaftsministeriums weder vorgesehen noch notwendig. Uns liegen zum jetzigen Zeitpunkt keine Prüfungsergebnisse oder Berechnungen des Bundeswirtschaftsministeriums oder der Bundesnetzagentur zum notwendigen Weiterbetrieb der Kraftwerksblöcke D und E vor.

Klar ist – das hat diese Regierung und auch das Wirtschaftsministerium in Person der Ministerin gezeigt –: Wir werden weiterhin pragmatisch alle notwendigen Maßnahmen mittragen, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Gleichzeitig gilt aber, dass wir in Nordrhein-Westfalen 2030 aus der Braunkohleverstromung aussteigen. Wir setzen uns nicht nur für eine beschleunigte Umsetzung des Ausbaus der Erneuerbaren und der Wasserstoffinfrastruktur ein, sondern führen auch die Ranglisten der Genehmigungen an. In anderen Worten: Wir nehmen die Erneuerbaren und die klimaneutrale Infrastruktur, die dazugehört, sehr ernst. Das hat allererste Priorität, damit wir den Braunkohleausstieg 2030 hinbekommen.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Es wurde gerade vorgeschlagen, den Sprechzettel des Eingangsstatements zur Verfügung zu stellen.

Dietmar Brockes (FDP): Ich hätte noch zwei konkrete Fragen, Frau Ministerin. Ein Satz in dem Bericht sorgt aus unserer Sicht für etwas Verwirrung. Dort steht:

„Allerdings ist zu berücksichtigen, dass der Weiterbetrieb der beiden Blöcke am Strommarkt eine geringere Auslastung anderer konventioneller Kraftwerke (zum Beispiel Gaskraftwerke) und damit einen geringeren Ausstoß von CO₂ aus den verdrängten konventionellen Kraftwerken bewirkt.“

Welche Kraftwerke in der Merit Order mit einem höheren CO₂-Ausstoß werden durch den Weiterbetrieb der Braunkohlekraftwerksblöcke am Strommarkt verdrängt? Können Sie das bitte erläutern?

Eine Frage aus unserem Berichtswunsch ist noch offengeblieben:

„Inwiefern würde eine unzureichende Energieversorgungslage eine Aufhebung des vorgezogenen Kohleausstiegs im Jahr 2030 zur Folge haben?“

Unter welchen Umständen könnte dies eintreten? Können Sie bitte deutlich machen, unter welchen Bedingungen die Landesregierung bereit wäre, den Beschluss im Sinne der Versorgungssicherheit rückgängig zu machen?

Antje Grothus (GRÜNE): Die Bereithaltung von Kraftwerksreserven ist eine vorausschauende Maßnahme, also eine Sicherheitsreserve. Bei der Bereitstellung stellt sich immer die Frage, wie diese Kraftwerke dann auch ausgelastet sind. Wie hoch war 2022 die Auslastung und der Kohleverbrauch von Neurath D und E? Wie viel Kohle wird absehbar 2023 aus den Tagebauen Hambach und Garzweiler gefördert? Es geht darum, die aktuelle Entwicklung realistisch einschätzen zu können.

Ich hätte noch eine Frage zu den von BET im Rahmen einer Modellierung geschätzten 9,6 Millionen t Kohleverbrauch bei Verlängerung. Muss dieser Wert angesichts der aktuellen Zahlen zur Auslastung nach oben oder unten korrigiert werden? Ist also nach den energiepolitischen Entwicklung in diesem Jahr absehbar, ob Neurath D und E wesentlich mehr oder weniger an Kohle verfeuern werden bzw. ob die damalige Prognose von BET noch aktuell ist?

RR'in Jennifer Bergmann (MWIKE): Sie hatten den Satz auf Seite 2 unten zur Berücksichtigung des Weiterbetriebs der beiden Blöcke zitiert. Wir wollten damit keine Verwirrung stiften – Entschuldigung dafür –, sondern darauf hinweisen, dass berücksichtigt werden muss, dass der Weiterbetrieb der Blöcke bestimmte andere Kraftwerke am Strommarkt verdrängt. Das kann zum Beispiel Gaskraftwerke betreffen. Die jeweiligen CO₂-Ausstöße sind bei der Berechnung natürlich zu berücksichtigen. Wenn die konventionellen Kraftwerke, zum Beispiel Gaskraftwerke, am Strommarkt verdrängt werden, fallen bei diesen natürlich geringere CO₂-Ausstöße an.

Ministerin Mona Neubaur (MWIKE): Ich würde die zweite Frage des Herrn Kollegen Brockes beantworten. Sie haben gefragt, was es notwendig machen würde, die Beendigung der Braunkohleverstromung sozusagen rückgängig zu machen – aus Gründen der Versorgungssicherheit.

Im Kohleverstromungsbeendigungsgesetz sind Zeitpunkte dafür vorgesehen, an denen das überprüft werden muss. Diese liegen meines Erachtens im Jahr 2026. Für die Versorgungssicherheit der Republik ist der Bund zuständig. Es war sehr klug von diesem, solche Überprüfungszeitpunkte aufzuschreiben. Man wird sich im Lichte des beschleunigten Zubaus der Erneuerbaren und des gesamten Energieversorgungssystems anschauen, wie es aussieht.

Wir hier in Nordrhein-Westfalen tun unser Möglichstes, um einen Beitrag dazu zu leisten, dass das Ende der Braunkohleverstromung im Rheinischen Revier so, wie im Bundesgesetz beschlossen, umgesetzt wird.

StS'in Silke Krebs (MWIKE): Ich übernehme die dritte Frage von Frau Grothus. Die war sehr detailliert. Die Zahlen liegen jetzt nicht vor. Deswegen würden wir das gerne mitnehmen und darauf im Nachgang eingehen.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Das Angebot nehmen wir sehr gerne an.

Frederick Cordes (SPD): Ich hätte noch eine kurze Rückfrage. Sie haben gerade gesagt, Sie täten hier in NRW gerade das Mögliche, damit die Braunkohleverstromung nicht darüber hinaus fortgesetzt wird. Da würde mich interessieren, welche Maßnahmen das denn konkret sind.

Ministerin Mona Neubaur (MWIKE): Wo soll ich anfangen? Zu den konkreten Maßnahmen gehört es zum Beispiel, dass wir beim Bund mit Nachdruck eine Kraftwerkstrategie einfordern. Es gibt gute Gründe dafür, weil wir durch das Zusammenwirken von Sonnen- und Windenergie auch agile Kraftwerkskapazitäten benötigen, um die Netze und die Energieversorgung in Zukunft stabil zu halten. Wir brauchen eine Strategie für Geschäftsmodelle, mit denen sich ein Kraftwerkspark betreiben lässt.

Das ist deswegen notwendig, damit ausgeschlossen werden kann und diese Kraftwerke dann 2030 am Netz sind. Das betrifft das Rheinische Revier, darüber hinaus aber auch Kraftwerkstandorte in Nordrhein-Westfalen, an denen bereits eine Leitungs-

infrastruktur liegt, auf die man aufsetzen kann. Es gibt unterschiedliche Modelle und erste Überlegungen des Bundes dazu, in welcher Abstufung wasserstofffertige Sprinterkraftwerke und Wasserstoffkraftwerksturbinen zum Einsatz kommen können.

Es gehört zu unserem Verständnis davon, Energieland Nummer eins bleiben zu wollen, dass wir auch diese Seite begleiten und die jeweiligen Unternehmen dabei unterstützen, dass diese Technologie zur Anwendung bringen. In diesem Bereich trägt auch die IPCEI-Förderung dazu bei, dass wir über die dort hinterlegten Wasserstoffprojekte in guter Zusammenarbeit mit den Konsortien die entsprechende Zuführung des gebrauchten Wasserstoffs sicherstellen können.

Last but not least scheuen wir nicht davor zurück, die erneuerbaren Energien mit Fläche auszustatten, sowohl die Windenergie als auch die Freiflächenphotovoltaik. Wir gehen in Vorleistung, und zwar auch für diejenigen, die sich als Bürgerinnen und Bürger an der Energiewende beteiligen wollen, zum Beispiel über einen Bürgerenergiefonds der NRW.BANK.

Hier im Landtag wird gerade das Bürgerenergiegesetz beraten, damit auch Bürgerinnen und Bürger vom ökonomischen Erfolg der Erneuerbaren hier in Nordrhein-Westfalen profitieren. Es geht darum, das alles, also den Ausbau der Erneuerbaren und der dazugehörigen Infrastruktur, zu verbinden. Deswegen begrüße ich auch ausdrücklich, dass es zwischen Bund und Ländern endlich eine Einigung zur Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung gibt.

Wir führen Gespräche mit unseren europäischen Nachbarn zur Anbindung Nordrhein-Westfalens an die Wasserstoffversorgung. Wir fahren mit mittelständischen Unternehmen zu Delegationsreisen, damit diese auf Wasserstoff basierende Technologien im internationalen Handel absetzen und die notwendigen Mengen an Wasserstoff beziehen können, die unsere Industrie brauchen wird, selbst wenn sie sich weitestgehend die Elektrifizierung vorgenommen hat.

Auch diese Dinge spielen eine Rolle. Deswegen ergreifen wir nicht nur eine Maßnahme, sondern bauen – wenn man so will – die Energieinfrastruktur um und stellen sie vom Kopf auf die Füße, und das bei Wahrung dessen, was wir hier schon an Grundlagen haben.

Romina Plonsker (CDU): Das Thema „Wasserstoff“ ist in unserem Interesse und auch in dem der Kommunen. Es wird ein kommunaler Elektrolyseur gebaut. Liebe Frau Staatssekretärin, Sie haben sich für den entsprechenden Förderbescheid besonders eingesetzt. Das ist meines Erachtens ein ganz wichtiger Schritt für die kommunale Landschaft im Rheinischen Revier und die Energieversorgung. Ich weiß es sehr zu schätzen, wie sehr Sie sich persönlich für diesen wichtigen Baustein engagiert haben.

Ich habe mich noch aus einem zweiten Grund gemeldet, nämlich in Reaktion auf die FDP-Fraktion. Ich finde es sehr interessant, welches Spiel auf Bundesebene getrieben wird, dass nämlich aus parteitaktischen Gründen auch bei den Menschen hier im Rheinischen Revier für Verunsicherung bezüglich einer Rücknahme des vorzeitigen Kohleausstiegs gesorgt wird.

Mit Blick die Wahlen in Ostdeutschland im nächsten Jahr haben wir meines Erachtens alle ein Interesse daran, dass keine Verunsicherung in die Landschaft gestreut wird. Es hilft allen Demokraten, insbesondere die Anwohnerinnen und Anwohner der Orte, die umgesiedelt werden sollten, jetzt aber nicht mehr umgesiedelt werden, nicht erneut zu verunsichern.

Wir haben vorhin über das Thema „Sicherheit und Planungssicherheit“ für örtliche Akteure, insbesondere für Unternehmen gesprochen. Das gilt aber auch für Anwohnerinnen und Anwohner. Deswegen ist es mir wichtig: Wir wollen insbesondere im Raum Erkelenz keine erneute Verunsicherung.

Michael Röls-Leitmann (GRÜNE): Ich konnte es mir nicht verkneifen, noch etwas zu ergänzen, weil schließlich noch mehr passiert. Nicht genannt wurde zum Beispiel die Integrierte Netzplanung NRW. Diese ist ein wichtiger Baustein.

Zusätzlich haben wir gerade die Landesbauordnung novelliert, wodurch wir diverse Hemmnisse für die erneuerbaren Energien in NRW aus dem Weg räumen und eine Solardachpflicht einführen – leider gegen die Stimmen von FDP und SPD. Wir wären im Sinne des Ausbaus der erneuerbaren Energien sehr offen für ein gemeinsames Zeichen gewesen und hätten uns darüber gefreut. Dieses gab es leider nicht.

Die Landesregierung betreibt an ganz vielen Stellen ressortübergreifende Zusammenarbeit für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Damit werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass der Kohleausstieg 2030 gelingt. Es war immer vollkommen klar, dass unser Commitment, alle notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, steht. Es ist meines Erachtens deutlich geworden: Einerseits werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, die wir selbst in der Hand haben. Andererseits wird dort, wo wir politisch Einfluss nehmen können, mit allen Möglichkeiten versucht zu erreichen, dass andere das Notwendige tun, damit es gelingt.

Angesichts der externen Faktoren ist es klar, dass im Sinne eines pragmatischen Ansatzes Vorsorge für die Versorgungssicherheit getroffen wird. Aber niemand sollte den Fehler machen, aus parteipolitischem Interesse heraus für Verunsicherung zu sorgen. Wir sollten klarmachen: Wir setzen alles dafür in Bewegung, dass es gelingt, und schaffen die Voraussetzungen dafür.

Das hat die FDP im Bund im Übrigen auch mitbeschlossen. Ich fände es gut, wenn sie im Sinne einer staatstragenden Partei in Berlin nicht wenige Monate, nachdem sie etwas mitbeschlossen und mitgetragen hat, proaktiv für Verunsicherung sorgte, sondern ihrer Verantwortung auch dabei gerecht würde.

4 Sonnenenergie: Kommunale Bauvorschriften dürfen „Freiheitsenergien“ nicht ausbremsen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4133

Ausschussprotokoll 18/347 (Anhörung vom 15.09.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung an den Ausschuss für Heimat und Kommunales – federführend –, an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 03.05.2023)

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimme der FDP-Fraktion bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

5 Gute Energiepreise – gute Industrie: Industriestrom muss bezahlbar werden

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/4572

Ausschussprotokoll 18/329 (Anhörung vom 08.09.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 14.06.2023.)

Christian Loose (AfD) zufolge besteht ein enormes Strompreisproblem. Dies habe die Anhörung gezeigt. Einige Aluminiumhütten seien bereits geschlossen worden, andere würden nur noch zu 25 % ausgelastet und letztlich wahrscheinlich auch geschlossen.

Die Ursachen der hohen Strompreise lägen laut der Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit in der Abschaltung von grundlastfähigen Kernkraftwerken, den durch den Zubau von Zufallsstromerzeugern fernab der Stromnetze massiv erhöhten Netzkosten und mit rund 4 Milliarden heute bereits hohen, tendenziell weiter steigenden Kosten für das Engpassmanagement. Hinzu komme die massive Verteuerung der CO₂-Zertifikate. Diese treibe den gesamten Börsenpreis in die Höhe. Die CO₂-Zertifikate seien durch das marktfremde Instrument der sogenannten Marktstabilitätsreserve erheblich verteuert worden. Der Preis pro Tonne sei seit 2017 von 10 Euro auf 80 Euro gestiegen.

Die zuletzt noch betriebenen sechs Kernkraftwerke hätten etwa die Hälfte der für die energieintensive Industrie notwendigen Strommenge zu variablen Kosten von nur 5 Cent pro Kilowattstunde inklusive der Kosten für Rückbau und Endlagerung geliefert. Seit deren Abschaltung durch die Ampelkoalition müssten Kohle- und Gaskraftwerke mit variablen Kosten von etwa 11 bis 12 Cent pro Kilowattstunde einspringen. Braunkohlekraftwerke müssten allein 8 Cent für CO₂-Zertifikate zahlen.

Zudem habe der Ausstieg aus der Kernkraft die CO₂-Emissionen um 5 % bis 10 % erhöht, während das Heizungsgesetz bis 2030 gerade einmal 1,4 % CO₂-Minderung bringen solle. Bei Umsetzung des AfD-Antrags könnten die Aluminiumindustrie und die damit verbundenen gut bezahlten Arbeitsplätze in NRW gehalten werden. Jeder, der auf der Seite der Industrie und der Arbeitnehmer stehe, müsse diesem zustimmen.

Thomas Okos (CDU) entgegnet, die AfD-Fraktion bringe die üblichen Stammtischargumente vor. Alle Sachverständigen hätten die Inhalte ihres Antrags als absurd bezeichnet. Was die Industrie wirklich brauche, sei auch heute bereits hinlänglich diskutiert worden.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der AfD-Fraktion ab.

6 Hochlauf von Speichertechnologien als Schlüssel für klimaneutrale Energiewirtschaft vorantreiben

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/6367

(Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 25.10.2023)

Im Ausschuss regt sich kein Widerspruch gegen den Vorschlag der Obleute, auf Wunsch der antragstellenden Fraktion am 31.01.2024 eine Sachverständigenanhörung durchzuführen. Je Fraktion dürfen zwei Sachverständige benannt werden.

7 Volle Priorität auf neue Arbeitsplätze: Strukturwandel muss jetzt Chefsache werden!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/6382

(Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie – federführend – sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 26.10.2023)

Im Ausschuss regt sich kein Widerspruch gegen den Vorschlag der antragstellenden Fraktion, die abschließende Beratung und Abstimmung in der kommenden Ausschusssitzung vorzunehmen.

8 Aktueller Konjunkturbericht (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1840

Dietmar Brockes (FDP): Wir haben die Debatte über die nicht stattfindenden wirtschaftlichen Impulse der Landesregierung heute bereits geführt. Daher erspare ich es mir, die entsprechenden Punkte aus diesem Bericht noch einmal deutlich zu machen. Ich möchte gerne zwei Punkte hinterfragen.

Frau Ministerin, Sie loben in Ihrem Bericht das Wachstumschancengesetz, das Finanzminister Lindner auf den Weg gebracht hat. Kann ich Ihr Lob so auslegen, dass die Landesregierung diesem Gesetz im Bundesrat zustimmen wird?

Die zweite Frage lautet: Die Ministerpräsidenten und die Bundesregierung haben den Bund-Länder-Pakt für Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung beschlossen. Ich wüsste gerne, ob Sie uns skizzieren könnten, welche Regelungen für die Landesregierung jetzt vorderste Priorität bei der Umsetzung haben? Erste Ergebnisse sollen bereits im ersten Quartal 2024 vorliegen. Insofern müsste das ja schon auf dem Weg sein.

Christian Loose (AfD): Frau Ministerin, wieder nur Ausflüchte. Angeblich sind externe Faktoren schuld: Corona, Ukraine, Nahost – immer das Gleiche. Doch anderswo auf der Welt funktioniert es, und das Wachstum ist positiv. Sie versuchen sich aus der Verantwortung zu stehlen – frei nach dem Spruch: Wenn der Bauer nicht schwimmen kann, dann ist die Badehose schuld.

Das zieht sich leider durch den gesamten Bericht: Die hohen Energiepreise sind schuld, aber sie fallen leider vom Himmel. – Nein, die Kohlepreise zum Beispiel sind weltweit gleich. Doch die EU hat auf Druck von Deutschland die CO₂-Preise mit dem Instrument der Marktstabilitätsreserve in die Höhe getrieben. Deswegen können die Chinesen ohne diese CO₂-Preise Strom für vier Cent produzieren. In Deutschland kostet das 11 bis 12 Cent. Die Probleme sind somit hausgemacht.

Die Landesregierung macht in ihrem Bericht klar, dass die energieintensive Grundstoffindustrie besonders stark von dem Energiepreisschock getroffen wurde. Doch als Lösung kommt von ihr nur der Ruf nach Subventionen über einen Industriestrompreis und das Märchen, dass alles mit dem Ausbau der sogenannten Erneuerbaren irgendwann billiger würde.

Sie sprechen von 7,6 % Arbeitslosigkeit in NRW. Da stellt sich bei dem gleichzeitigen Mangel an Fachkräften die Frage, was denn mit der Arbeitsvermittlung nicht stimmt. Entweder liegt es an der Qualität der Personen, die nicht in Arbeit sind. Dann lautet die Frage, warum es nicht gelingt, diese zu verbessern. Oder es hakt bei der Arbeitsmarktvermittlung. Aber beides liegt im Verantwortungsbereich des Landes. Sie können sich nicht so einfach aus der Verantwortung stehlen, machen es aber leider. Mit diesem Bericht haben Sie gezeigt, dass Sie den Ernst der Lage leider nicht erkannt haben.

André Stinka (SPD): Wir von der SPD-Landtagsfraktion würden es begrüßen, wenn wir in der nächsten Ausschusssitzung am 06.12.2023 Zahlen dazu bekämen, inwieweit der „Weg vom Gas“-Kredit in diesem Jahr genutzt wurde. Sie haben den in dem Papier erwähnt. Sie haben auch die durchaus richtige Intention insbesondere für den Bereich „Mittelstand“ dargestellt. Möglicherweise könnten wir am 06.12.2023 erfahren, inwieweit dieser Kredit abgerufen wurde.

Das Gleiche gilt für die Koordinierungsstelle bei Fin.Connect.NRW, die am 01.11.2023 eingerichtet wurde. Vielleicht kann man am 06.12.2023 schon sagen, inwieweit diese Koordinierungsstelle von Kapitalgebern und Investoren zur Vermittlung von Transformationskrediten genutzt wird. Uns ist klar, dass dann erst ein Monat vergangen sein wird. Aber vielleicht kann man einen Einblick in die Bekanntheit bekommen.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Herr Stinka – nur damit wir das nicht aus dem Blick verlieren –, das waren jetzt Berichtswünsche für die nächste Sitzung, mit dem Ziel, dass wir darüber noch einmal diskutieren. Wir müssen uns in der Obleuterunde darüber verständigen, wie wir das auf die Tagesordnung setzen, weil der aktuelle Tagesordnungspunkt heute abgeschlossen wird. Wir können das aber auf jeden Fall regeln, soweit Sie nicht ohnehin eine schriftliche Berichts-anfrage einreichen möchten.

Peter Blumenrath (CDU): Vielen Dank an die Landesregierung für diesen sehr guten Bericht. Er zeigt noch einmal sehr deutlich, an wie vielen Stellen Nordrhein-Westfalen den Unternehmen in unserem Land zur Seite steht. Wenn wir noch einmal etwas genauer prüfen, was in der Metallerzeugung, beim Maschinenbau, bei Kraftwagen, bei Textil, Elektro und Chemie passiert, stellen wir fest, dass Nordrhein-Westfalen in den einzelnen Bereichen im Bundesvergleich überhaupt nicht schlechter da steht.

Aber gerade der Chemiebereich hat in Nordrhein-Westfalen eine besonders hohe Gewichtung. Deswegen schlagen alle aktuell zu bemerkenden Probleme bei uns besonders stark durch. Das jetzt alles dem Wirtschaftsministerium oder der Landesregierung anzuhängen, wie das in einzelnen Kommentaren durchkam, finde ich sehr einfach.

Die Chemieindustrie braucht andere Gaspreise und andere Strompreise. Wir können über ganz viele Landesmaßnahmen sprechen, werden dieses Problem jedoch nur lösen, wenn der Bund die energieintensive Industrie stützt. Deswegen ist es ganz wichtig, dass wir noch einmal über den Brückenstrompreis sprechen.

Ich finde es auch beunruhigend. Gerade in den demokratischen Fraktionen sollte man sich sehr schnell darüber einig werden, dass wir die Probleme dort lösen sollten, wo sie anstehen. Das geht eben nicht hier in diesem Ausschuss, sondern in Berlin. Das hat nichts mit Schuldzuweisungen, sondern mit der Faktenlage zu tun. Es würde uns schon sehr helfen, wenn wir uns auf einen vernünftigen Konsens konzentrierten. Wir brauchen die Industrie nämlich dringend. Deswegen lautet meine Bitte, zusammen in die richtige Richtung zu arbeiten. Dieser Bericht zeigt, dass das Land tut, was es kann.

StS'in Silke Krebs (MWIKE): Sie haben gefragt, was in Sachen „Planungs- und Genehmigungsbeschleunigungen“ konkret in Planung oder in der Umsetzung ist. Die Ver-

einbarungen, die Bund und Länder auf der MPK getroffen haben, enthalten Elemente, die bereits Teil früherer Pakete waren und bei uns schon in der Umsetzung sind. Wir haben hier im Ausschuss auch schon darüber gesprochen.

Ein ganz wesentliches Element ist die Pauschalisierung der Artenschutzprüfungen als vorgelagerte strategische Prüfung. Sie war bisher im Wind-an-Land-Gesetz vorgesehen. Wir in Nordrhein-Westfalen haben gesagt: Wir wollen sie auf jeden Fall umfassend umsetzen. In den jetzigen Papieren wurde sie auch auf andere Bereiche ausgeweitet. Wir werden die Umsetzung nun entsprechend ausdehnen. Das erscheint uns ganz, ganz wichtig.

Wir halten es für hochspannend, die durch die Bundesgesetzgebung geschaffenen Möglichkeiten aufzugreifen und im Land Anwendungsbereiche zu ermitteln, in denen man Verfahren in Genehmigungsprozessen parallelisieren kann. Wir wollen also vom Hintereinanderschalten von Verfahren wegkommen und stattdessen versuchen, insbesondere artähnliche Sachen parallel zu fahren und vielleicht sogar zu verschmelzen, sodass sie ein Vorgang werden, in dem beides erledigt wird. Das haben wir hier auch schon angekündigt.

Wir werden uns auch einige Punkte des Planungs- und Genehmigungspapiers zu dem BImSchG-Genehmigungsverfahren anschauen. Wir digitalisieren diese Verfahren gerade. Das halte ich für sehr wirkungsvoll. Es wurde von der chemischen Industrie auch an uns herangetragen. Unterlagen sollen künftig digital eingereicht werden, sodass auf einer Kooperationsplattform gemeinsam an den möglicherweise notwendigen Änderungen sowie an der Prüfung der Vollständigkeit gearbeitet und dann über die Datenschnittstelle in die Genehmigung gegangen werden kann.

In dem neuen Pakt ist auch das Thema „Digitalisierung von Beteiligung“ enthalten. Das haben wir zum Beispiel in der Coronapandemie bei den bergrechtlichen Verfahren schon angewandt. Wir wollen das darüber hinaus fortführen und werden es, wenn die entsprechenden Anforderungen erlassen sind, auf die anderen Themenbereiche ausdehnen. Einerseits halten wir die digitalisierten Beteiligungsverfahren für effizienter, andererseits schaffen sie auch eine größere Öffnung für Bürgerinnen und Bürger und erleichtern es ihnen, sich zu beteiligen. Auch das halten wir für ganz wichtig.

Für die Landesregierung sind noch weitere Themenfelder spannend, die nicht alle in der Zuständigkeit des MWIKE liegen. Dazu gehört die länderübergreifende Harmonisierung der Landesbauordnungen. Wir halten das für einen ganz wesentlichen Schritt, weil viele Bauträger in verschiedenen Bundesländern tätig sind und es für sie einfacher ist, wenn sie auf einheitliche Ordnungen treffen. Die Vereinheitlichung und Anpassung der Regelungen zu den Stellplätzen werden wir ebenfalls in die Umsetzung nehmen, weil dies die dringend notwendige Schaffung von neuem Wohnraum erleichtert.

Auch die Genehmigungsfiktionen bei den Mobilfunkmasten wollen wir aufgreifen. Insgesamt ist dieses Thema für uns in Kombination mit der Digitalisierung spannend. Derzeit denken die Antragseinreichenden in vielen Verfahren: Die Behörde ist langsam. Die bewilligt ja nicht. – Die Behörde denkt: Diese Antragsstellenden, warum liefern die nicht endlich die kompletten Unterlagen, sodass ich anfangen kann zu genehmigen?

Das lässt sich unserem Eindruck nach sehr gut umgestalten, indem man über digitalisierte Verfahren für alle transparent macht, wann der Antrag wirklich vollständig eingereicht ist, damit die Menschen auch nachvollziehen können, warum die Bearbeitung noch nicht beginnt und was sie noch nachreichen müssen. Gleichzeitig kann man, wenn die Unterlagen zu einem bestimmten Datum vollständig vorliegen, den beteiligten Behörden durchaus Fristen setzen und eine fiktive Genehmigung erteilen, wenn die Fristen überschritten worden sind. Dadurch werden viele Verfahren stark beschleunigt.

Ministerin Mona Neubaur (MWIKE): Ich nehme gern Bezug auf die Frage von Herrn Brockes zum Wachstumschancengesetz. Wie im Bericht aufgeführt ist, haben wir als Landesregierung die Beratung im Bundesrat konstruktiv begleitet. Am Wesentlichsten war es uns dabei, zum einen Investitionen zu erleichtern, und zum anderen über steuerliche Maßnahmen gerade in kleinen und mittleren Betrieben dafür zu sorgen, dass es weniger Bürokratielasten gibt. Die Beratungen sind noch nicht abgeschlossen.

Der Zauber der Kammer liegt ja gerade darin, dass die Bundesregierung und die jeweiligen Länder miteinander auch in weiteren Beratungen zu einem Finale kommen. In dem stehen wir noch nicht. Am Ende werden wir als Landesregierung die dann vorliegenden konkreten Vorschläge bewerten und ein Abstimmungsverhalten festlegen.

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank für die Nichtfestlegung, Frau Ministerin. – Ich hätte noch einen anderen Punkt. Die CDU-Landtagsfraktion hat zu Beginn der Woche in Berlin getagt und dort eine Berliner Erklärung verabschiedet. Darin hat sie zu Recht – wie ich finde – mehr Reserveflächen für Industrie und Gewerbe eingefordert. Frau Ministerin, findet sich das auch im LEP III wieder? Wir warten leider immer noch auf den Entwurf.

Ministerin Mona Neubaur (MWIKE): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Lieber Herr Brockes, wie alle im Landtag sitzenden Fraktion wissen, bearbeiten wir gerade mit höchster Priorität den LEP II und stehen dabei auch kurz vor der Finalisierung. Von der Koalition aus CDU und Grünen wurde richtigerweise entschieden, diesen vorzuziehen, weil davon die Möglichkeiten für mittelständische Unternehmen abhängen, aus eigener Energieerzeugung für Planungssicherheit bei ihren Stromkosten zu sorgen.

Die Vorbereitungen für den LEP III schlummern aber nicht in Schubladen, sondern wir arbeiten selbstverständlich daran. Wir können aber auch ohne diesen jetzt schon etwas für die Fläche tun. In einem Land, das noch stärkere Flächenkonkurrenz erlebt als andere Länder, bringen wir es zum Gelingen, dass neue Arbeitsplätze auf ehemaligen Brachflächen entstehen. Wir setzen dafür Fördermittel aus dem Regionalen Wirtschaftsförderungsprogramm und der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ klug ein.

Im Falle von gate.ruhr in Marl ist es uns gelungen, aus einer gebrauchten Fläche mittels Investitionsunterstützung und Förderleistung eine höchst attraktive Fläche zu machen. Wie der Presse zu entnehmen war, hat ein Unternehmen zugesagt, darauf einen Logistikstandort zu entwickeln.

Wir warten also keinesfalls ab, sondern bearbeiten einige Dinge prioritär, wie in der Koalition verabredet, und setzen die Fördermittel währenddessen trotzdem gerade im Bereich der Reaktivierung von Flächen und der Sanierung von Brachflächen entsprechend den Interessen der Industrie und des Gewerbes ein.

9 Verschiedenes

– keine Wortbeiträge

gez. Dr. Robin Korte
Vorsitzender

3 Anlagen

29.11.2023/29.11.2023



**DIGITAL
SICHER
NRW**

Kompetenzzentrum für
Cybersicherheit in der Wirtschaft

**„Tür zu im Netz“
für mehr Resilienz in der
Wirtschaft in NRW**

Vorstellung im Landtag NRW

Düsseldorf, den 08.11.2023

Beauftragt vom

Ministerium für Wirtschaft,
Industrie, Klimaschutz und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen



KURZE VORSTELLUNG

Sebastian Barchnicki

Bachelor of Science Praktische Informatik
Master of Science Internet-Sicherheit

IT-Sicherheitsforschung im Bereich Frühwarnsysteme,
Mobile Security und Sicherheitsstrategieentwicklung

Leiter Unternehmensstrategie / M&A / Alliance Management
bei einem Anbieter & Hersteller (IT-Hochsicherheit)

Sprecher der Geschäftsführung bei DIGITAL.SICHER.NRW

„Überzeugter Anwender“

sagt **HERZLICH WILLKOMMEN!**



AUS BOCHUM & BONN FÜR GANZ NRW



**DIGITAL
SICHER
NRW**

**Gemeinnützig.
KOSTENFREI.
Wettbewerbsneutral.**



DIE HERAUSFORDERUNG

750.000

KMU IN NRW

ECKPUNKTE BSI LAGEBERICHT 2023 – TOP 5

- **Ransomware** (Erpressungstrojaner) ist und bleibt die größte Bedrohung.
- Cyberkriminalität wird **professioneller**.
- **Schwachstellen** sind bei Software auf besorgniserregendem Niveau.
- Generative **KI** sorgt für neue Risiken, aber auch für neue Chancen.
- Auswirkungen des **Ukraine-Kriegs** auf die IT-Sicherheitslage in Deutschland?

Schaden pro Jahr durch Angriffe auf deutsche Unternehmen in dieser Dekade (bisher)

646

Milliarden EUR

Bundeshaushalt für die Ausgaben der Bundesrepublik Deutschland 2023

476,29

Milliarden EUR

REALITÄT

KEIN UNTERNEHMEN IST

- zu jung,
- zu klein,
- zu unbedeutend,
- zu unattraktiv,

um angegriffen zu werden.



MOTIVATIONSFAKTOREN

„Passwörter sind bei uns ‚Allgemeingut‘, da viele Dienste nur an manchen Arbeitsplätzen verfügbar sind.“

„Welche Sicherheitsvorkehrungen brauchen wir eigentlich?“

„Ich glaube ich weiß, wo unser Router steht.“

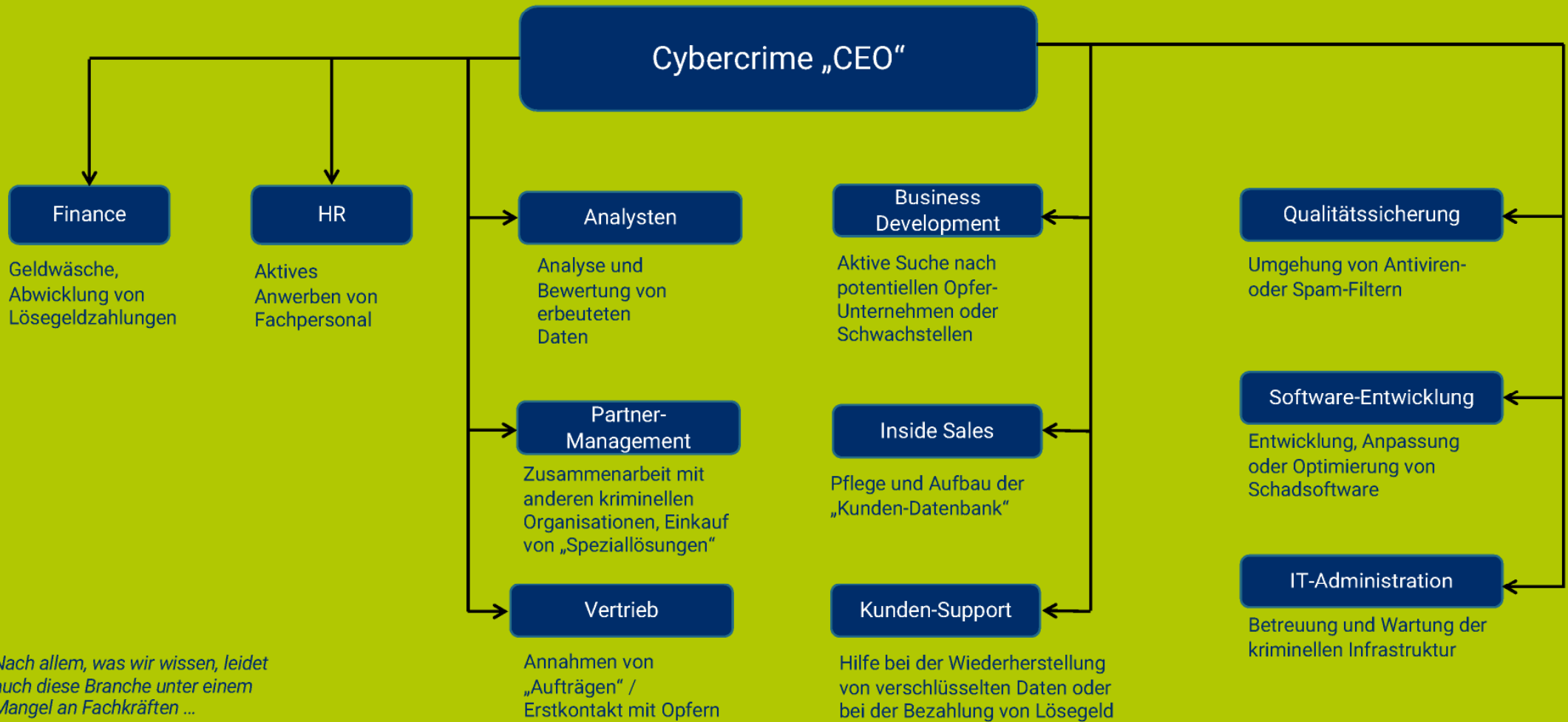
„Wir nutzen Clouds, aber ich bin mir nicht sicher, welche und wie viele.“

„Keine Ahnung, welche Lösungen und Programme wir einsetzen.“

„Wie mache ich effektive Datensicherungen und was brauche ich dafür?“

AUSSAGEN / ZITATE AUS 1:1 BERATUNGSGESPRÄCHEN MIT UNTERNEHMEN

„WIR HACKEN JEDE(n) GmbH“ – Ransomware as a Service



Nach allem, was wir wissen, leidet auch diese Branche unter einem Mangel an Fachkräften ...

CYBERCRIME AS A SERVICE

Phishing-Kampagne

Preis inklusive Hosting und entsprechendem Toolkit:

500 \$ pro Monat

Einstiegspreis:
30 Dollar pro Monat

Quelle: Deloitte, 2019

Keylogging-Kampagne

Preis inklusive angepasster Malware, Versand und Hosting und entsprechendem Toolkit:

723 \$ pro Monat

Einstiegspreis:
183 Dollar pro Monat

Quelle: Deloitte, 2019

160 Mio. E-Mail-Adressen

Preis beginnend:

ab 46 \$

Gesamter Datensatz:

2.000 \$

Quelle:
https://www.theregister.com/2019/02/11/620_million_hacked_accounts_dark_web/

PORTFOLIO: UNSERE ANGEBOTE



Digitale Erstberatung

Vorträge

Ratgeber

Webinare

Veranstaltungen

Hilfestellung

Digitale Sicherheit ist wichtig für jedes Unternehmen. Auch du kannst etwas dafür tun, dass dein Betrieb sicher ist. Bis zu 15.000 € für deinen Betrieb vom Land NRW erhalten.

TÜR ZU

TÜR ZU

TÜR ZU

Eine Aktion von:
DIGITAL SICHER NRW

TÜR ZU IM NETZ

FÖRDERPROGRAMM: MID-Digitale Sicherheit

DAS WICHTIGSTE AUF EINEN BLICK

Was

Förderprogramm des
Wirtschaftsministeriums des
Landes Nordrhein-Westfalen

Ziel

Sichere Digitalisierung von
kleinen und mittleren Betrieben
im Land unterstützen



<https://www.mittelstand-innovativ-digital.nrw/mid-digitale-sicherheit>

<https://www.digital-sicher.nrw/infomaterial/foerdermoeglichkeiten/foerdergeld-fuer-ihre-digitale-sicherheit>

MID DIGITALE SICHERHEIT



Was wird gefördert?

Schwerpunkt A Analyse des IST-Zustandes in der Organisation

Schwerpunkt B Faktor Mensch - nutzerorientierte Maßnahmen

Schwerpunkt C Software und Hardware für den IT-Basisschutz

+ Neu: Patch-Management-Lösungen

+ Neu: Firewall-Lösungen in Hardware (Schlüsselfertig)



INITIATIVE Wirtschaft.Digital.Sicher NRW



INITIATIVE Wirtschaft.Digital.Sicher NRW

Diese Partnerorganisationen unterstützen die Initiative:



West



Nordrhein-Westfalen



13 Maßnahmen für mehr Cybersicherheit

- #1 Ausbau des Förderprogramms MID Digitale Sicherheit
- #2 ewa – eurobits women academy
- #3 Digitale Sicherheit für Gründer:innen
- #4 Durchführung einer landesweiten Sichtbarkeitskampagne „Tür zu im Netz!“
- #5 Roadshow zur Digitalen Sicherheit - auch in Ihrer Stadt, Gemeinde oder Region
- #6 CISO (Chief Information Security Officer) Netzwerk NRW
- #7 Bereitstellung kostenfreier Vorlagen für die Notfallplanung & Notfallkarten in Kleinst-/Kleinunternehmen
- #8 Erarbeitung eines Frameworks („Rahmenstruktur“) für ein „NRW Basispaket Digitale Sicherheit für KMU“
- #9 Regionale Cybersicherheitsberatung, Regionale Anlaufstellen & Multiplikatoren-Schulung
- #10 Informationsoffensive zur bevorstehenden NIS2-Richtlinie
- #11 CYBERWEHR NRW
- #12 Checkliste Digitale Sicherheit für Chefinnen und Chefs
- #13 Risiko-Folgeabschätzung „Cyberangriff“ für KMU



KAMPAGNE: „TÜR ZU IM NETZ“

Schön, wenn **COOKIES** nur noch vom Weihnachtsmann akzeptiert werden

Bis zu 15.000 € staatliche Förderung für deinen Betrieb



TÜR ZU IM NETZ

Digitale Sicherheit ist wichtig für jedes Unternehmen. Auch du kannst etwas dafür tun, dass dein Betrieb sicher bleibt. Wir helfen dir dabei!

www.tuer-zu-im-netz.nrw

Eine Initiative von: **DIGITAL SICHER NRW**

Schön, wenn ein **HACKER** nur noch Holz macht.

Bis zu 15.000 € staatliche Förderung für deinen Betrieb



TÜR ZU IM NETZ

Digitale Sicherheit ist wichtig für jedes Unternehmen. Auch du kannst etwas dafür tun, dass dein Betrieb sicher bleibt. Wir helfen dir dabei!

www.tuer-zu-im-netz.nrw

Eine Initiative von: **DIGITAL SICHER NRW**

Schön, wenn **SPY-WARE** nur von James Bond angezogen wird.

Bis zu 15.000 € staatliche Förderung für deinen Betrieb



TÜR ZU IM NETZ

Digitale Sicherheit ist wichtig für jedes Unternehmen. Auch du kannst etwas dafür tun, dass dein Betrieb sicher bleibt. Wir helfen dir dabei!

www.tuer-zu-im-netz.nrw

Eine Initiative von: **DIGITAL SICHER NRW**

Schön, wenn **TROJANER** nur noch eine Legende sind.

Bis zu 15.000 € staatliche Förderung für deinen Betrieb



TÜR ZU IM NETZ

Digitale Sicherheit ist wichtig für jedes Unternehmen. Auch du kannst etwas dafür tun, dass dein Betrieb sicher bleibt. Wir helfen dir dabei!

www.tuer-zu-im-netz.nrw

Eine Initiative von: **DIGITAL SICHER NRW**

Schön, wenn man beim **SURFEN** nicht in Malware ertrinkt.

Bis zu 15.000 € staatliche Förderung für deinen Betrieb



TÜR ZU IM NETZ

Digitale Sicherheit ist wichtig für jedes Unternehmen. Auch du kannst etwas dafür tun, dass dein Betrieb sicher bleibt. Wir helfen dir dabei!

www.tuer-zu-im-netz.nrw

Eine Initiative von: **DIGITAL SICHER NRW**

TÜR ZU IM NETZ

Staatliche Förderung für digitale Sicherheit in deinem Betrieb.

Digitale Sicherheit ist wichtig für jeden Betrieb. Der Staat fördert diese aktuell mit bis zu 15.000€. Jetzt Fördermittel beantragen!

www.tuer-zu-im-netz.nrw

Eine Initiative von: **DIGITAL SICHER NRW**



Schön, wenn beim **PHISHING** niemand anbeißt.

Bis zu 15.000 € staatliche Förderung für deinen Betrieb



TÜR ZU IM NETZ

Digitale Sicherheit ist wichtig für jedes Unternehmen. Auch du kannst etwas dafür tun, dass dein Betrieb sicher bleibt. Wir helfen dir dabei!

www.tuer-zu-im-netz.nrw

Eine Initiative von: **DIGITAL SICHER NRW**

Schön, wenn man das **PASS-WORT** auch zum Fluchen verwenden kann

Bis zu 15.000 € staatliche Förderung für deinen Betrieb



TÜR ZU IM NETZ

Digitale Sicherheit ist wichtig für jedes Unternehmen. Auch du kannst etwas dafür tun, dass dein Betrieb sicher bleibt. Wir helfen dir dabei!

www.tuer-zu-im-netz.nrw

Eine Initiative von: **DIGITAL SICHER NRW**

WEITERE POTENTIALIA – BLICK IN DIE ZUKUNFT

Cybersicherheit ist ... ein strategisches Thema:

- Teamsport
- Daueraufgabe, ein Prozess
- Querschnittsthema – betrifft alle Ressorts, Branchen, ...
- **Digital und Cybersicher sind gekommen, um zu bleiben.**
- **Kann von KKMUs nicht alleine erbracht werden**

Wie können Sie helfen?

- Intermediäre Akteure sind von großer Bedeutung.
- Unterstützungsangebot weiter ausbauen

Fundament einer erfolgreichen Wissensgesellschaft?

- Digitaler Reifegrad ◀▶ Digitale Sicherheit
- Digitale Daten wecken Begehrlichkeiten (weltweit).



Kompetenzzentrum für Cybersicherheit in der Wirtschaft in NRW

Wir stehen gerne jederzeit für einen persönlichen Austausch mit Ihnen zur Verfügung. **Sprechen Sie uns an!**

Website: www.digital-sicher.nrw

Das Team hinter **DIGITAL.SICHER.NRW**:

Adresse

Standort Bochum
Lise-Meitner-Allee 4
44801 Bochum

Kontakt

 +49 234 - 5200 7334

 info@digital-sicher.nrw

Standort Bonn

Rheinwerkallee 6
53227 Bonn



**FDP-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen****Dietmar Brockes MdL**

Stellv. Vorsitzender des Ausschuss
für Wirtschaft, Industrie, Klima-
schutz und Energie

Sprecher für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie sowie
Bergbausicherheit

Sprecher für Umwelt, Natur- und
Verbraucherschutz, Landwirt-
schaft, Forsten und ländliche
Räume

Düsseldorf, 27. Oktober 2023

FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie
Herrn Dr. Robin Korte MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

**Berichts-anfrage für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie am 08.11.2023 für den TOP „Strukturwandel in Nord-
rhein-Westfalen“**

Sehr geehrter Herr Dr. Korte,

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) prüft derzeit eine Laufzeitverlängerung der 600 MW- Braunkohlekraftwerksblöcke Neurath D und E um ein weiteres Jahr bis zum 31. März 2025. Anlass dafür ist die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit vor dem Hintergrund des sehr voraussetzungsvollen Aufbaus der Gasinfrastruktur auf LNG-Basis und Wasserstoff und des Zubaus von Erneuerbaren Energien und Stromnetze. Nur mit entscheidenden und schnellen Fortschritten beim Umbau des Energiesystems werden die Braunkohlekraftwerksblöcke für die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit nicht mehr gebraucht. Ministerpräsident Hendrik Wüst hat öffentlich am 24.10.2024 in der Rheinischen Post seine Bereitschaft erklärt, eine Laufzeitverlängerung der Kraftwerksblöcke mitzutragen.

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht darüber, welche Auswirkungen eine Laufzeitverlängerung der Braunkohlekraftwerksblöcke Neurath D und E um ein weiteres Jahr bis zum 31. März 2025 auf den geplanten Strukturwandel im Rheinischen Revier und insbesondere die beschlossene Leitentscheidung hat. Wir bitten dabei zusätzlich folgende Fragen zu berücksichtigen:

1. Welche zusätzlichen Verbrauchsmengen an Braunkohle und Treibhausgasemissionen fallen durch eine mögliche Laufzeitverlängerung an?
2. Unter welchen konkreten Umständen müsste eine Anpassung der beschlossenen Leitentscheidung und der Braunkohleplanung vorgenommen werden? (Bitte einzelne Szenarien darlegen.)
3. Inwiefern würde eine unzureichende Energieversorgungslage eine Aufhebung des vorgezogenen Kohleausstiegs im Jahr 2030 zur Folge haben?
4. Wie kann eine Laufzeitverlängerung der Braunkohlekraftwerksblöcke aus Versorgungssicherheitsgründen noch verhindert werden?
5. Welche Maßnahmen und Initiativen ergreift die Landesregierung, um die Energieversorgungssicherheit in Nordrhein-Westfalen sicherzustellen?

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T: 0211 | 884 2750
F: 0211 | 884 | 3608

Dietmar.brockes@landtag.nrw.de
www.fdp-fraktion-nrw.de
 www.facebook.com/dietmar.brockes
 www.twitter.com/brockes



Mit freundlichen Grüßen

Dietmar Brockes MdL



FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie
Herrn Dr. Robin Korte MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

**FDP-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen**

Dietmar Brockes MdL

Stellv. Vorsitzender des Ausschuss
für Wirtschaft, Industrie, Klima-
schutz und Energie

Sprecher für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie sowie
Bergbausicherheit

Sprecher für Umwelt, Natur- und
Verbraucherschutz, Landwirt-
schaft, Forsten und ländliche
Räume

Düsseldorf, 27. Oktober 2023

Berichts-anfrage für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 08.11.2023 unter dem neuen TOP „Aktueller Konjunkturbericht“

Sehr geehrter Herr Dr. Korte,

für Montag, den 30.10.2023, ist eine Pressekonferenz im Ministerium für die Vorstellung des aktuellen Konjunkturberichts durch Ministerin Mona Neubaur angekündigt worden.

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur aktuellen Konjunkturlage, der auf dem vorgestellten Konjunkturbericht aufbaut. Wir bitten dabei zusätzlich folgende Fragen zu berücksichtigen:

1. Welche Maßnahmen verfolgt die Landesregierung, um die spezifischen Standortbedingungen von Wirtschaft und Industrie in Nordrhein-Westfalen zu stärken, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts zu erhalten und die Rezession und Wohlstandsverluste abzumildern? (Bitte einzeln auflisten.)
2. Wie hat sich seit Beginn der Legislaturperiode die Zu- und Abflüsse von Direktinvestitionen in Nordrhein-Westfalen entwickelt? (Bitte OECD-Definition für Direktinvestitionen nutzen und Entwicklung monatlich ausweisen, sofern möglich.)
3. Welche Maßnahmen verfolgt die Landesregierung, um die Investitionsbedingungen in Nordrhein-Westfalen zu verbessern?
4. Welche Maßnahmen und Initiativen plant die Landesregierung sowohl auf Landes- und Bundesebene, um Industrie und Wirtschaft bei der Bürokratie-, Steuer- und Abgabenlast zu entlasten?

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T: 0211 | 884 2750
F: 0211 | 884 | 3608

Dietmar.brockes@landtag.nrw.de
www.fdp-fraktion-nrw.de
 www.facebook.com/dietmar.brockes
 www.twitter.com/brockes



Mit freundlichen Grüßen

Dietmar Brockes MdL